



**Dornburger Gespräche:
Was unsere Gesellschaft zusammenhält**

**Solide Finanzpolitik und die
Verantwortung für die
kommende Generation**

Vortrag des Thüringer Finanzministers
Dr. Wolfgang Voß

am 07. Februar 2012 in Camburg

I. Schuldenentwicklung in Deutschland

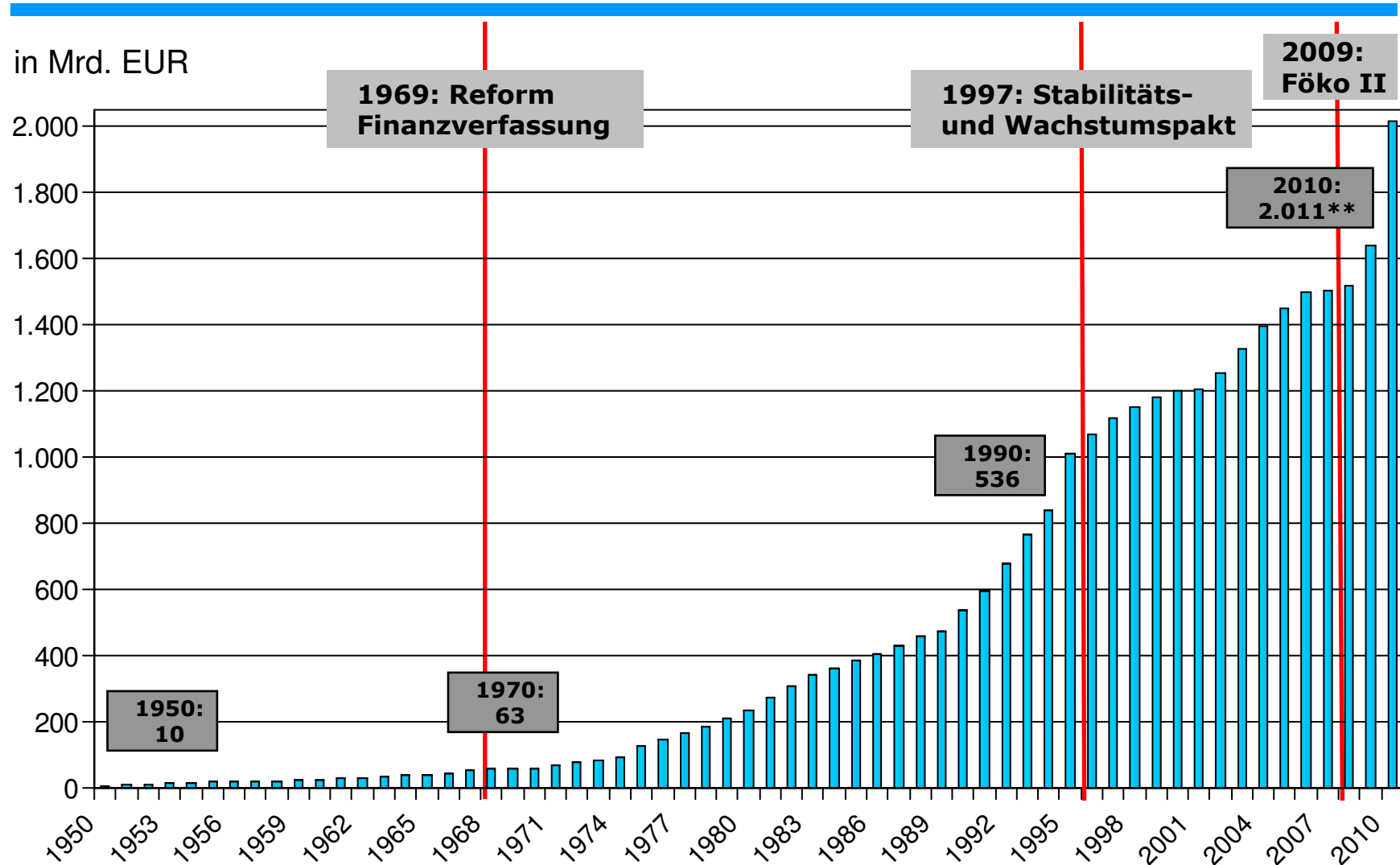
a) Explizite Staatsschuld

Schuldenstand Deutschland zum 31.12.2010

2.011.000.000.000 €

Zwei Billionen und elf Milliarden EUR

Schuldenstand Deutschland* 1950-2010



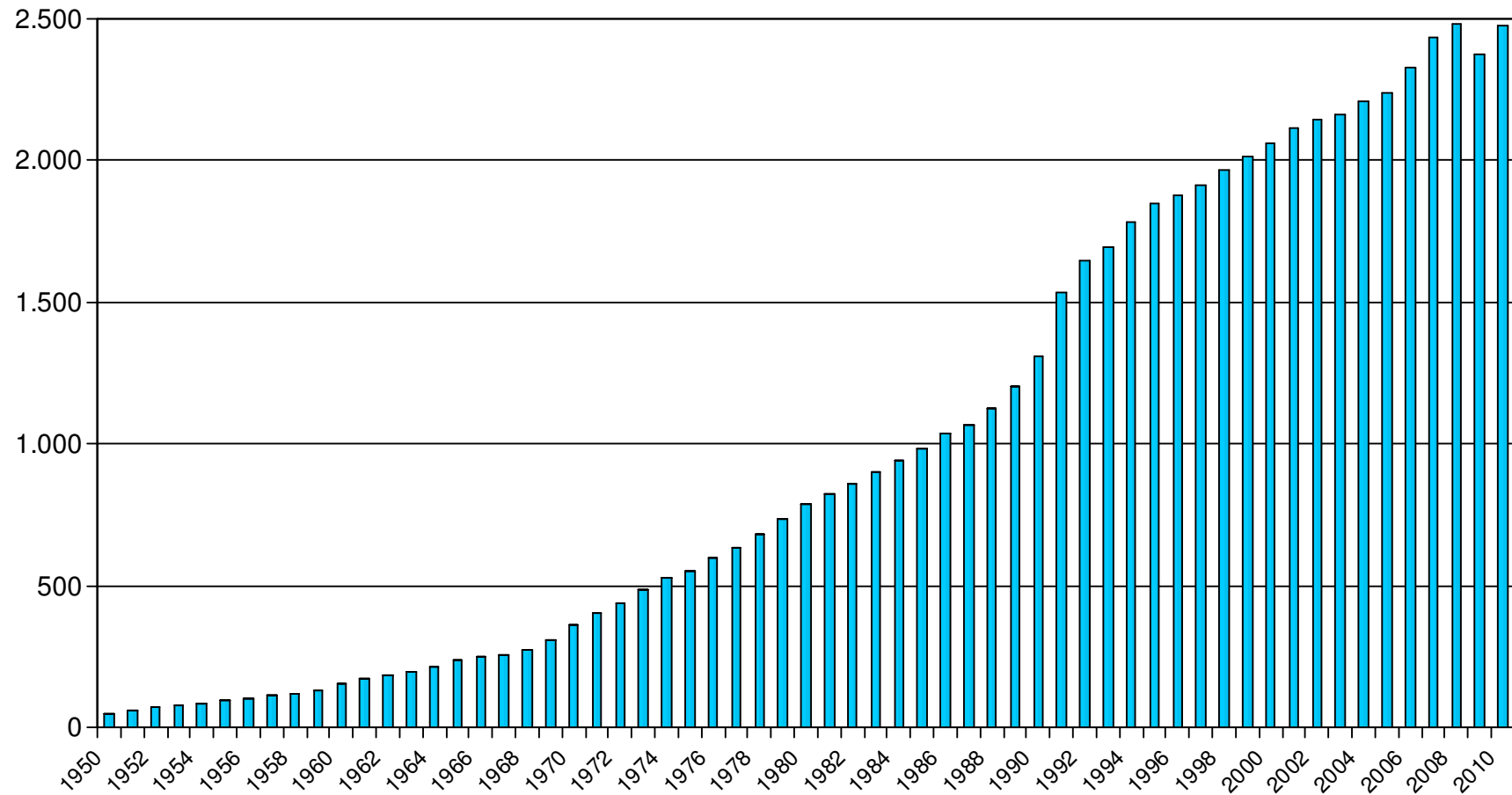
* Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen

** ab 2010 neues Erhebungsprogramm: einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors

Bruttoinlandsprodukt Deutschland 1950 - 2010

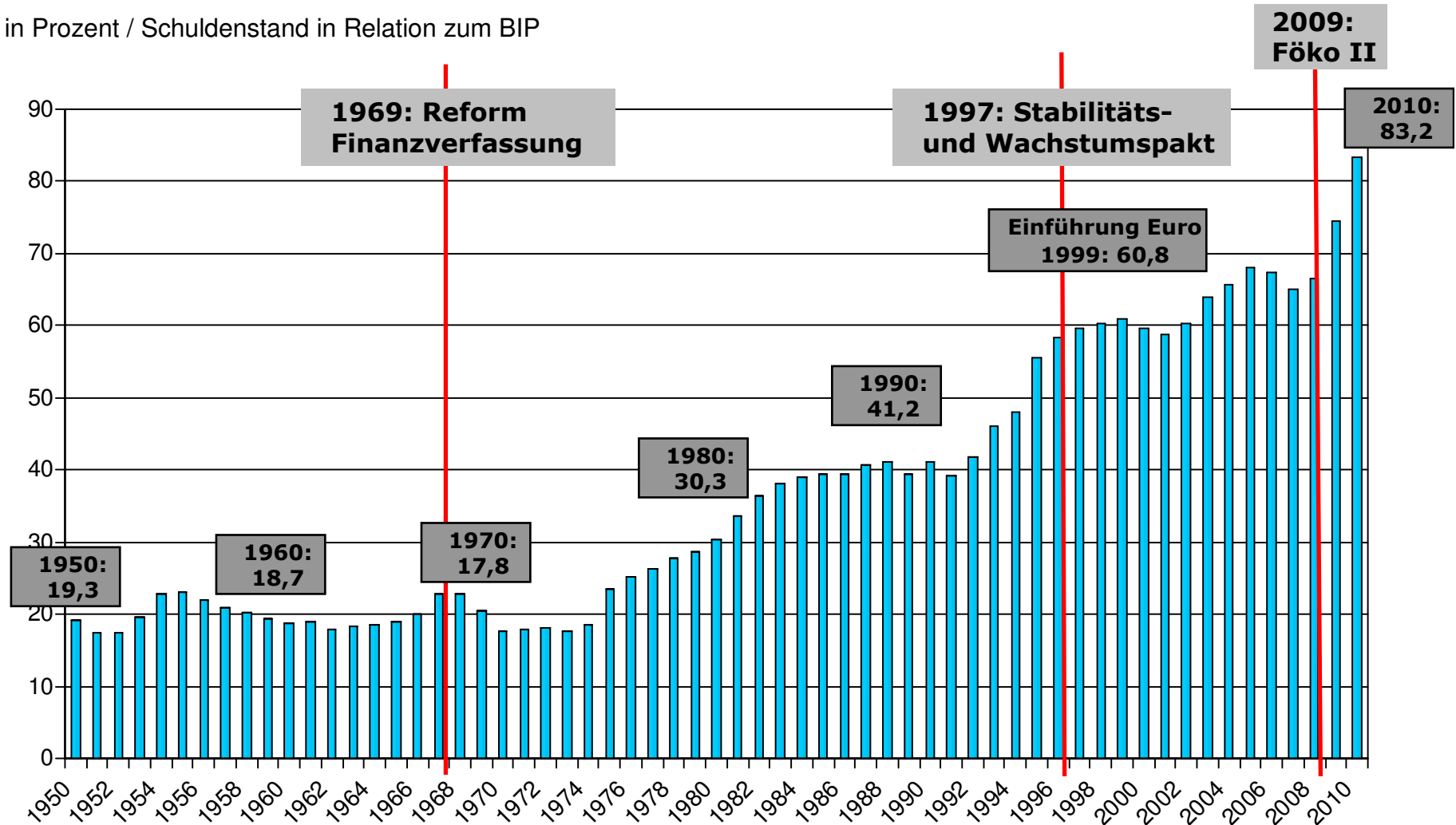
in Mrd. EUR

Quelle: Bundesministerium der Finanzen (ab 1993 in Abgrenzung der „Maastricht-Kriterien“)



Schuldenquote Deutschland 1950 - 2010

in Prozent / Schuldenstand in Relation zum BIP



Grundgesetzliche Regelung

➤ Verschuldungsregel in Finanzverfassungsreform 1969

▪ Regelung im damaligen Art. 115 Abs 1 GG:

„Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten.“

➤ Paradigmenwechsel durch die Föderalismuskommission II 2009

▪ Grundgesetzliche Schuldenbremse in Art. 109 Abs. 3 GG:

„Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen.“

→ grundsätzliches **Neuverschuldungsverbot**

→ Aufnahme neuer Schulden nur noch in konjunkturellen Schwächephase und bei **außergewöhnlichen Ereignissen** wie Naturkatastrophen gestattet.

→ Die aufgenommenen Schulden müssen verbindlich über einen festgelegten Zeitraum wieder **getilgt** werden

▪ Konkretisierung in Art. 143 d GG:

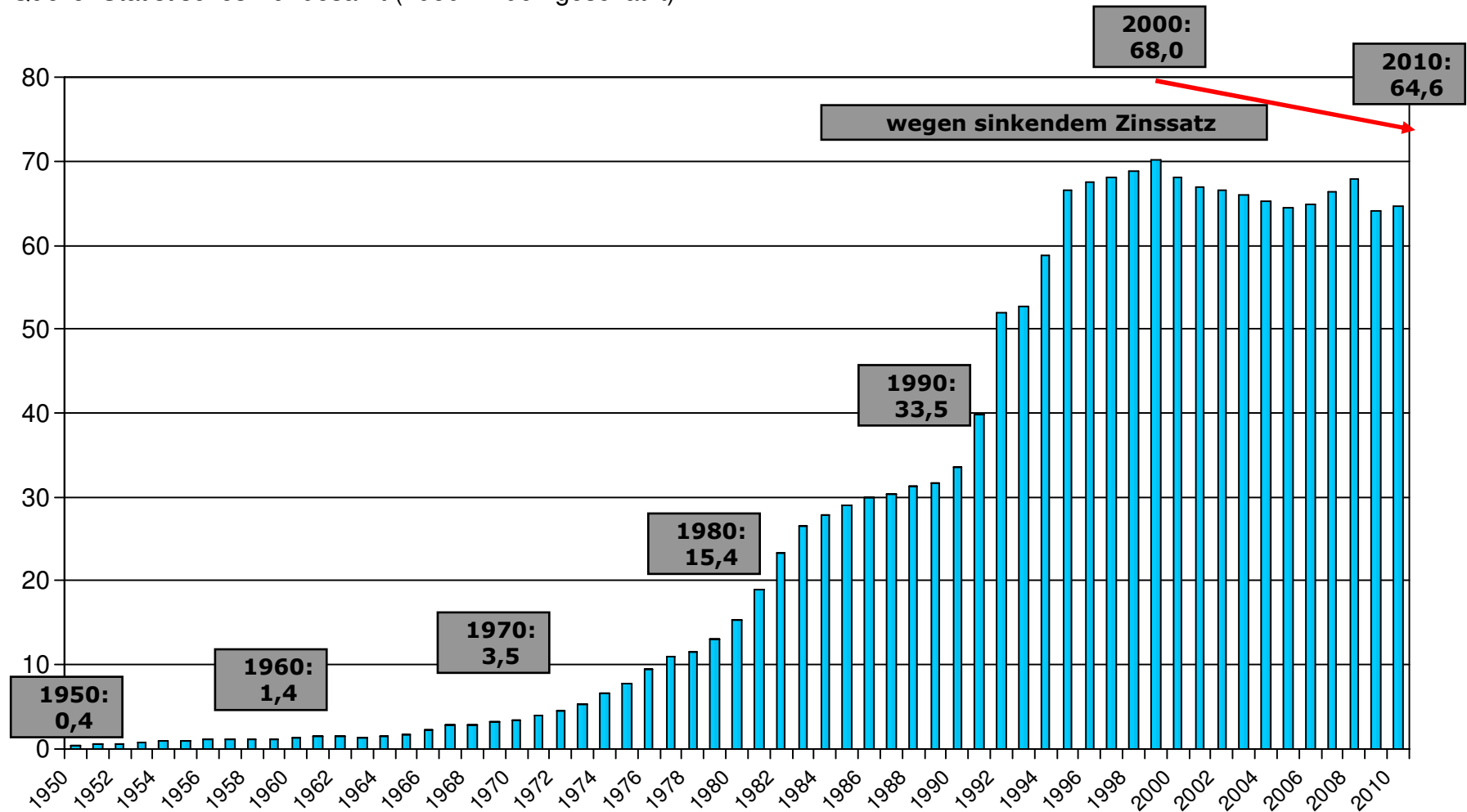
Die **Haushalte der Länder** sind so aufzustellen, dass im **Haushaltsjahr 2020** die Vorgabe aus Artikel 109 Absatz 3 erfüllt wird

▪ In Thüringen gilt die Schuldenbremse bereits ab 2011 → § 18 Thüringer Landeshaushaltsordnung, jedoch nicht in der Thüringer Verfassung

Konsequenz der Schuldenaufnahme Zinsausgaben Deutschland 1950 - 2010

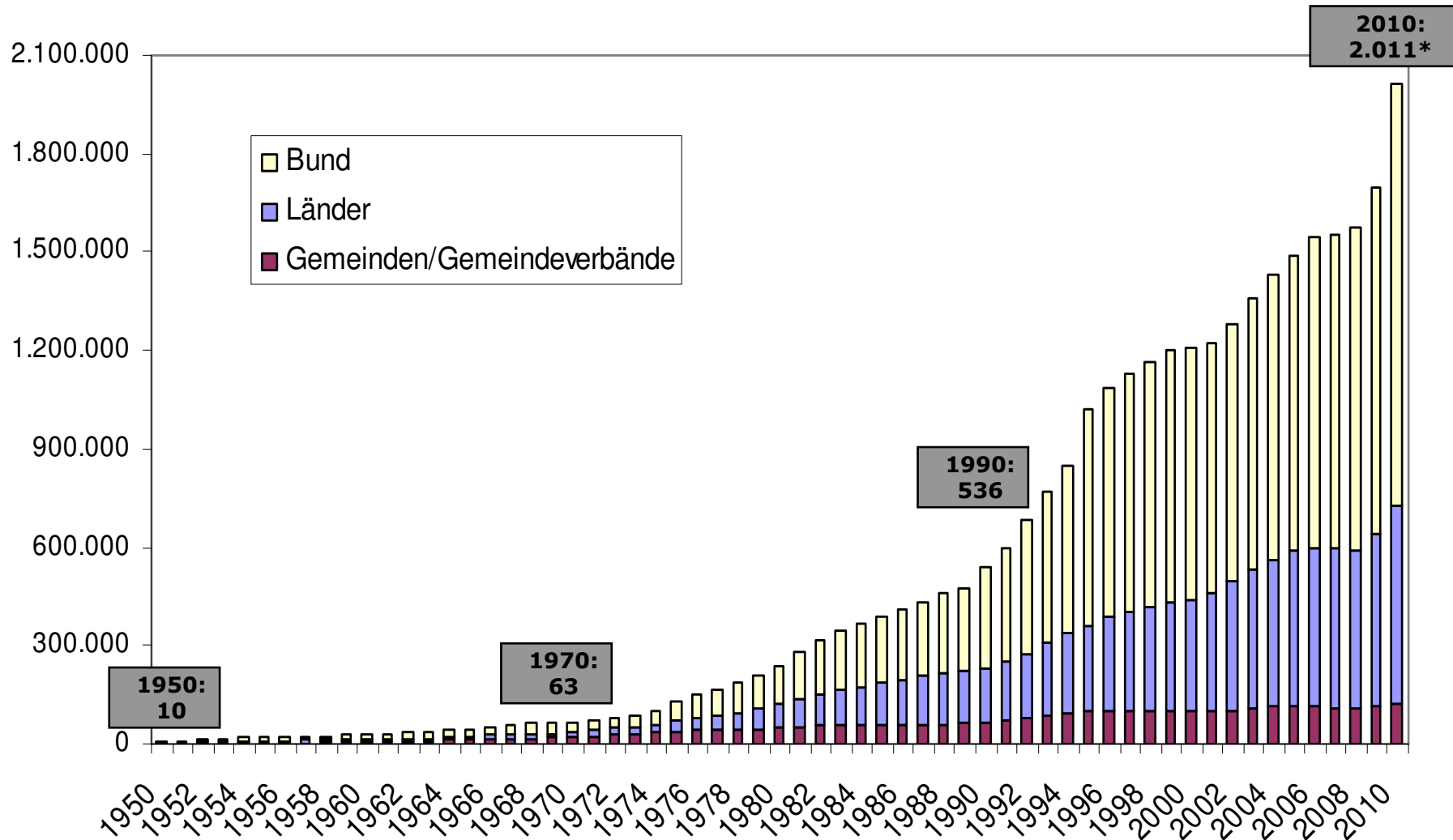
in Mrd. EUR

Quelle: Statistisches Bundesamt (1950 – 1961 geschätzt)



Schuldenstand Deutschland: Problem des Bundes und der Länder

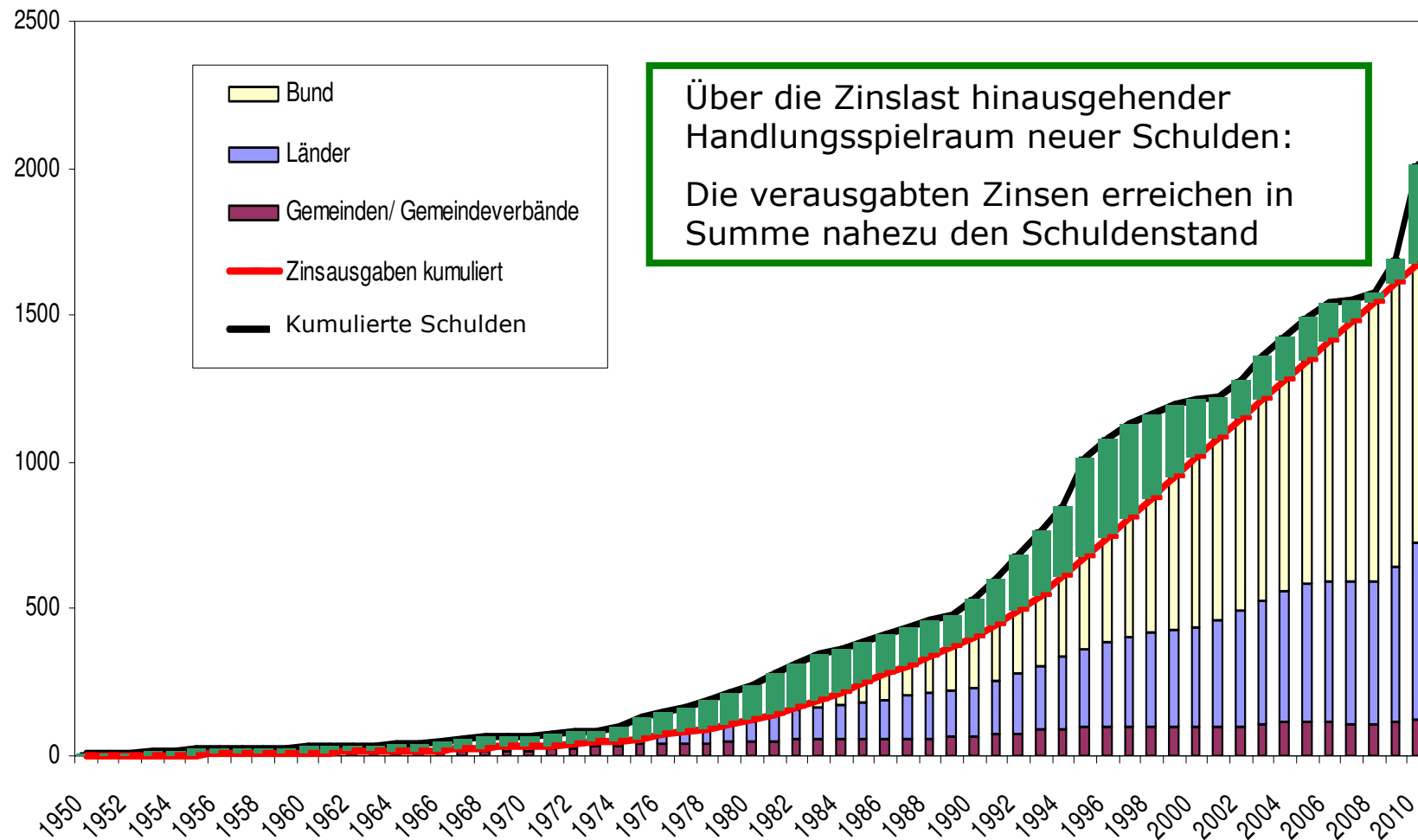
In Mio. EUR / Quelle: Destatis



* ab 2010 neues Erhebungsprogramm: einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors

Schulden und Zinsen seit 1950

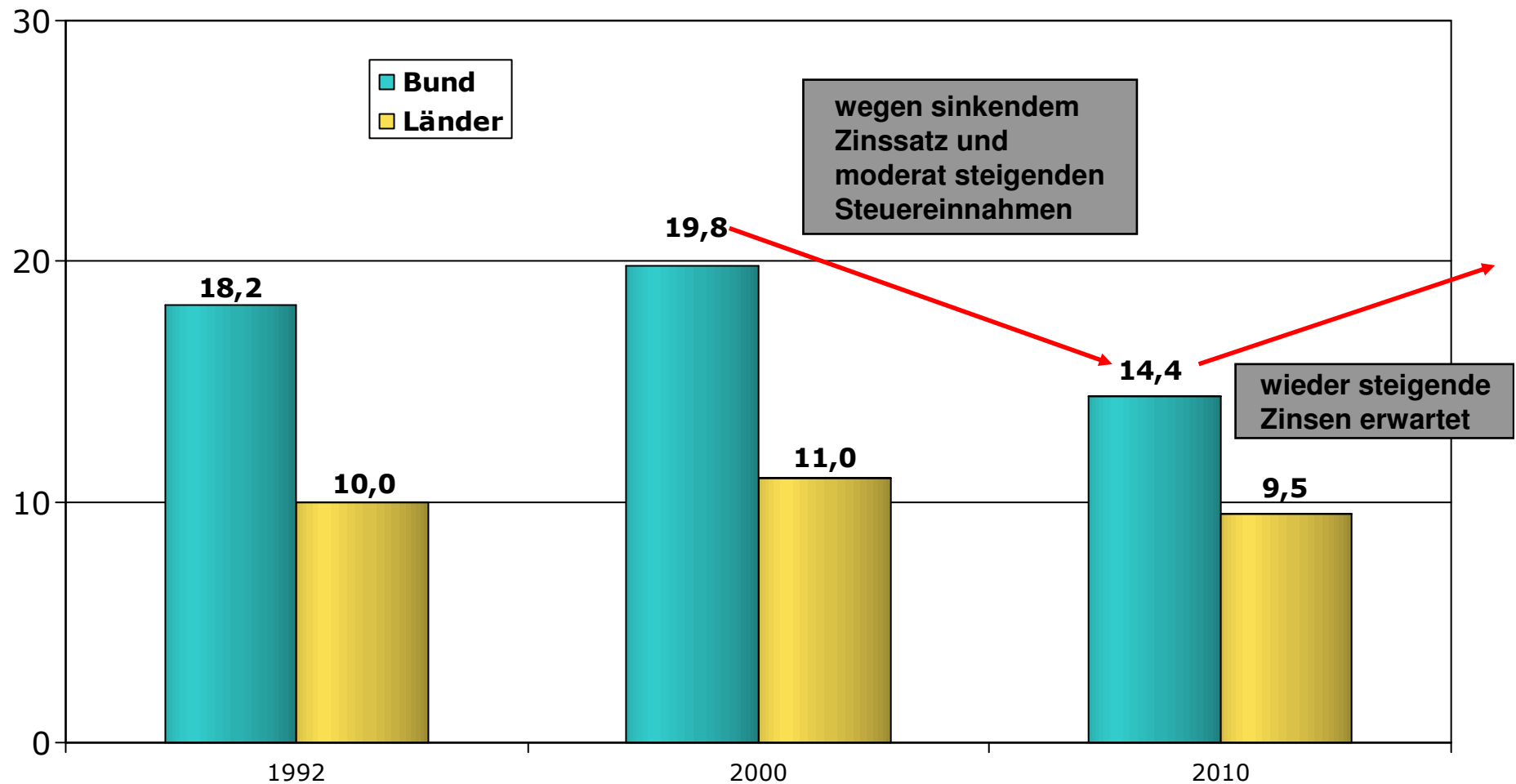
In Mio. EUR / Quelle: Destatis



* ab 2010 neues Erhebungsprogramm: einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors

Zins-Steuer-Quote Bund und Länder

Anteil der Steuereinnahmen, die durch Zinsausgaben bereits vorgebunden sind, in v. H.



I. Schuldenentwicklung in Deutschland

b) Implizite Staatsschuld

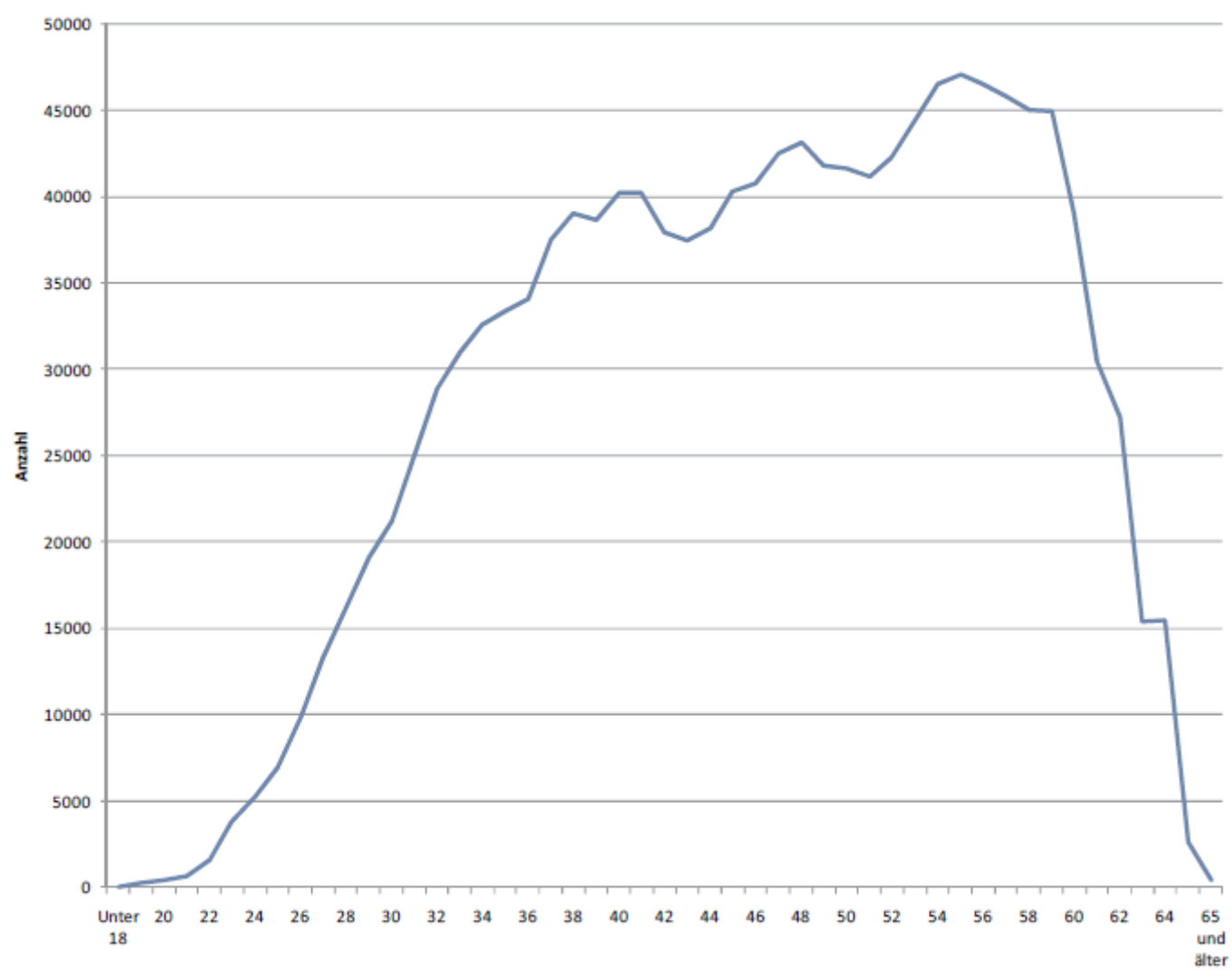
Pensionslasten

Anteil der Beamten an den Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Früheres Bundesgebiet	Beamtenquote	Neue Bundesländer	Beamtenquote
Schleswig-Holstein	76,1 %	Brandenburg	55,6 %
Nordrhein-Westfalen	75,1 %	Thüringen	47,7 %
Hessen	73,7 %	Sachsen-Anhalt	38,0 %
Rheinland-Pfalz	72,5 %	Mecklenburg-Vorpommern	33,8 %
Baden-Württemberg	72,0 %	Sachsen	28,3 %
Bayern	69,2 %		
Niedersachsen	66,2 %		
Hamburg	61,0 %		
Berlin	56,3 %		
Bremen	55,1 %		
Saarland	54,8 %		

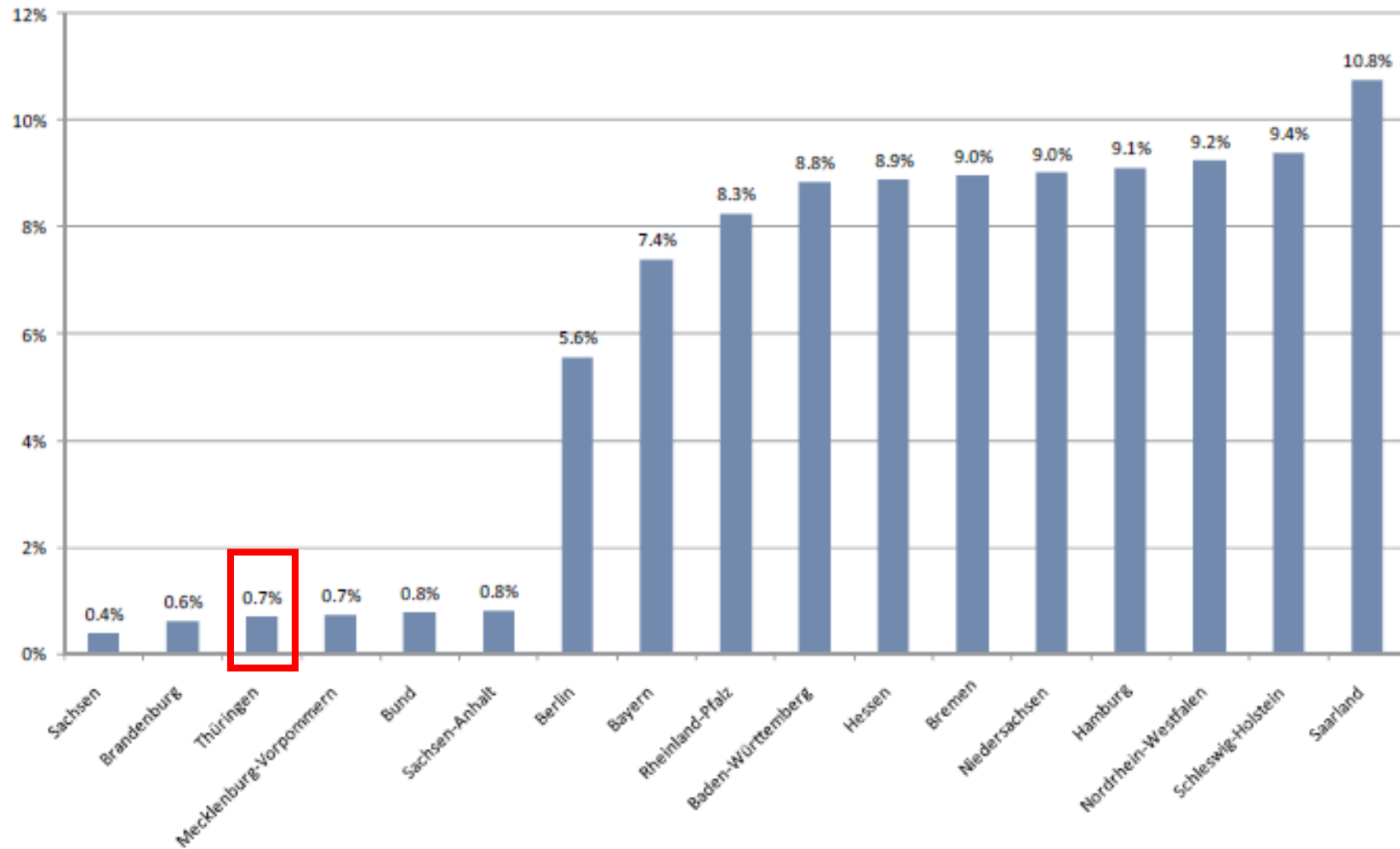
Pensionslasten

Altersstruktur der aktiven Beamten



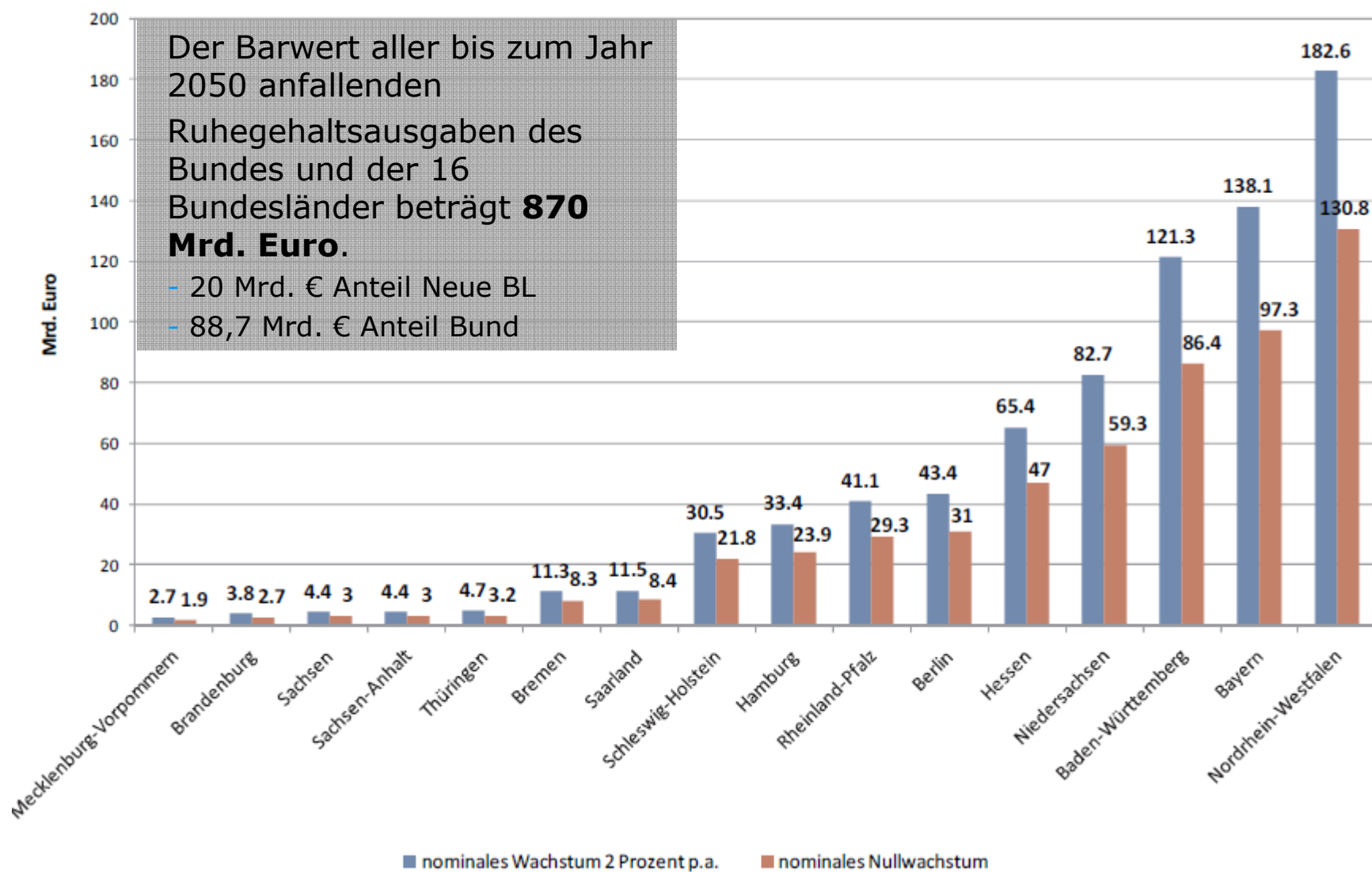
Pensionslasten

Anteil der Versorgungsausgaben (ohne Beihilfe) an den bereinigten Gesamtausgaben 2009



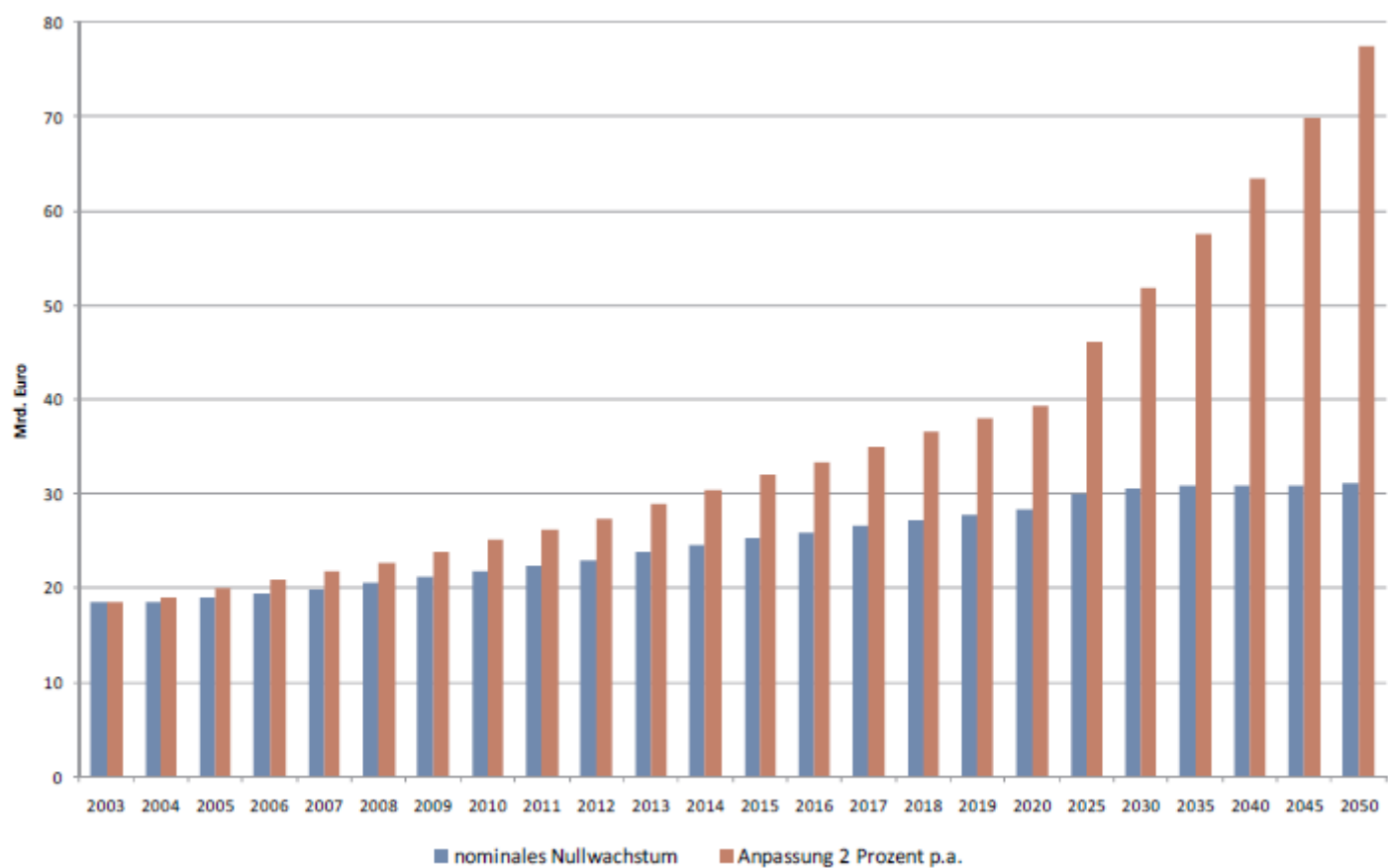
Pensionslasten

Barwert der schwebenden Pensionsverpflichtungen bis 2050 im Status quo



Pensionslasten

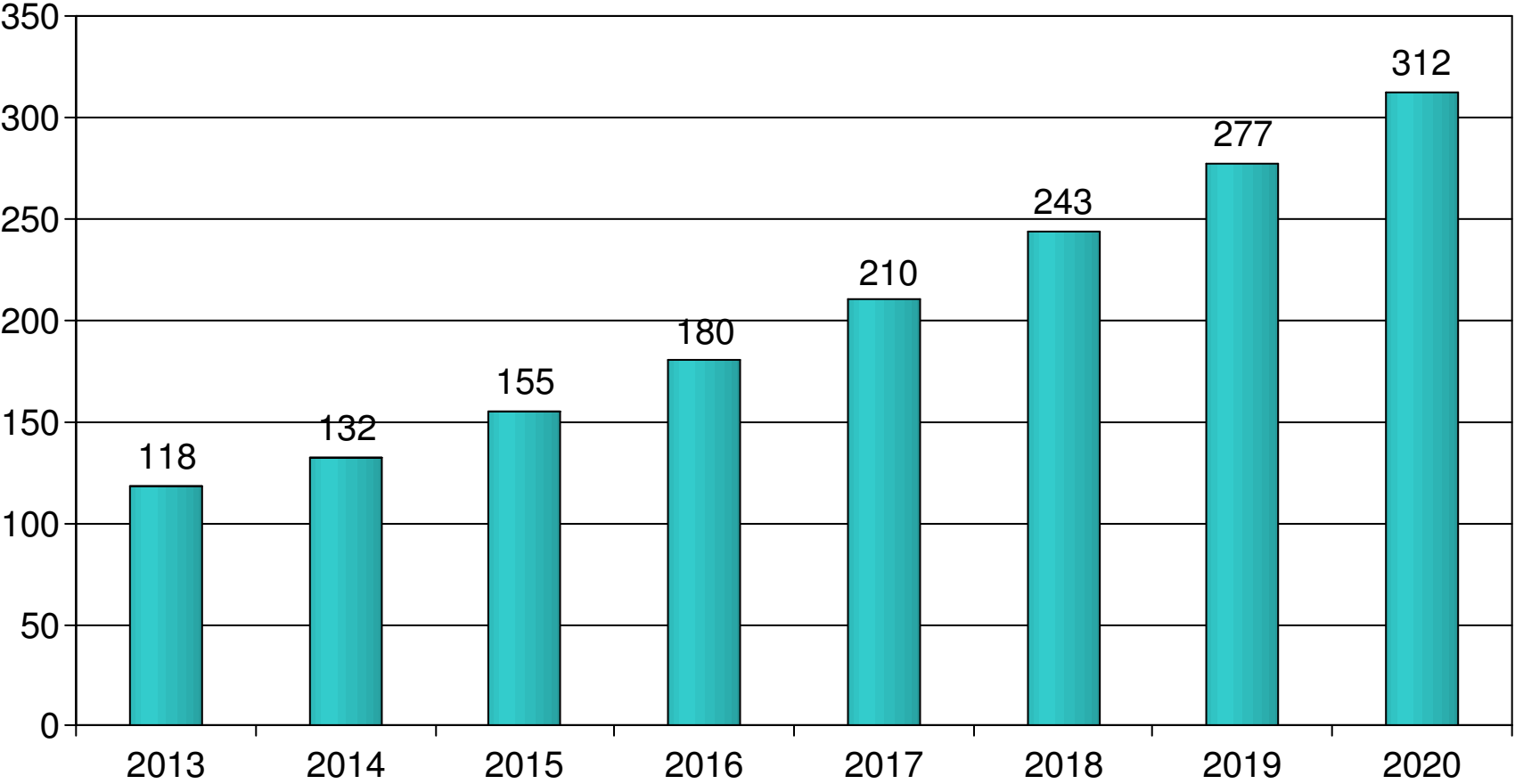
Entwicklung der Versorgungsausgaben des Bundes und der 16 Bundesländer



Quelle: Benz, T. et al, 2011. Ausgabenprojektion und Reformszenarien der Beamtenversorgung in Deutschland.; Dritter Versorgungsbericht der Bundesregierung

Prognostizierte Entwicklung der Ausgaben für die Beamtenversorgung

in Mio. EUR, Prognostizierte Ausgaben für den Landesbereich



II. Europa

Der lange Weg zum Euro

Währungsschranken behindern den freien Güter- und Warenaustausch, sowie den Dienstleistungs- und Kapitalverkehr – daher die Idee eines wirtschaftlich geeinten Europas:

- 13.03.1979: **Europäisches Währungssystem (EWS)** tritt in Kraft: festgelegte Leitkursrelationen mit maximalen Schwankungsbreiten: spezifische Währung zu ECU
- 1989: **Delors-Bericht** als Leitfaden für die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)
- 07.02.1992: Unterzeichnung **Maastricht-Vertrag** (Stabilitätskriterien)
- 01.11.1993: Inkrafttreten des Maastricht-Vertrages
- 01.01.1994: 2. Phase WWU – Gründung **Europäisches Währungsinstitut (EWI)**
- 16.12.1995: „**Euro**“ als Name für Einheitswährung
- 16./17.06.'97: **Stabilitätspakt** in Amsterdam beschlossen: Sanktionen gegen WWU Teilnehmer, die gegen Maastricht-Konvergenzkriterien verstoßen
- 1998: Beschluss der Währungsunion, **EZB wird Nachfolgerin des EWI**
- 01.01.1999: Einführung des **Euro als Buchgeld**
- 01.01.2001: Griechenland schließt sich der Euro-Zone an
- 01.01.2002: **Einführung des Euro-Bargeldes** in Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien
- 01.01.2007: Slowenien tritt der Euro-Zone bei
- 01.01.2008: Zypern und Malta schließen sich der Euro-Zone an
- 01.01.2009: Slowakei übernimmt Euro

- bis dato: 17 Länder mit Euro: 332 Mio. Menschen; 27 Länder in EWWU: 502 Mio. Menschen

Stabilitätskriterien Theo Waigels' „Stabilitätspakt“ (Verschärfung der Maastrichtkriterien)

- auf EG-Gipfel **1996 beschlossen**, gilt auch **über** den **reinen Euro-Eintritt hinaus**, d.h. dauerhaft
- Wachstumsraten der **Staatsausgaben mittelfristig unter dem Zuwachs des nominalen BIPs**
- d.h., Neuverschuldungsgrenze von **3% des BIPs** darf auch in wirtschaftlich ungünstigen Perioden nicht überschritten werden
- Einhaltung von einem **europäischen Stabilitätsrat politisch** überwacht (ECONFIN-Rat)
- **automatische Sanktionsmechanismen**: unverzinsliche Stabilitätseinlage in Höhe von 0,25 Prozent des BIP pro angefangenen Prozentpunkt der Defizitüberschreitung
- 17. Juni 1997: **Vertrag von Amsterdam** - der **Stabilitäts- und Wachstumspakt** wird **geltendes EU-Recht**

Vertragsverletzungen und Aufweichungen

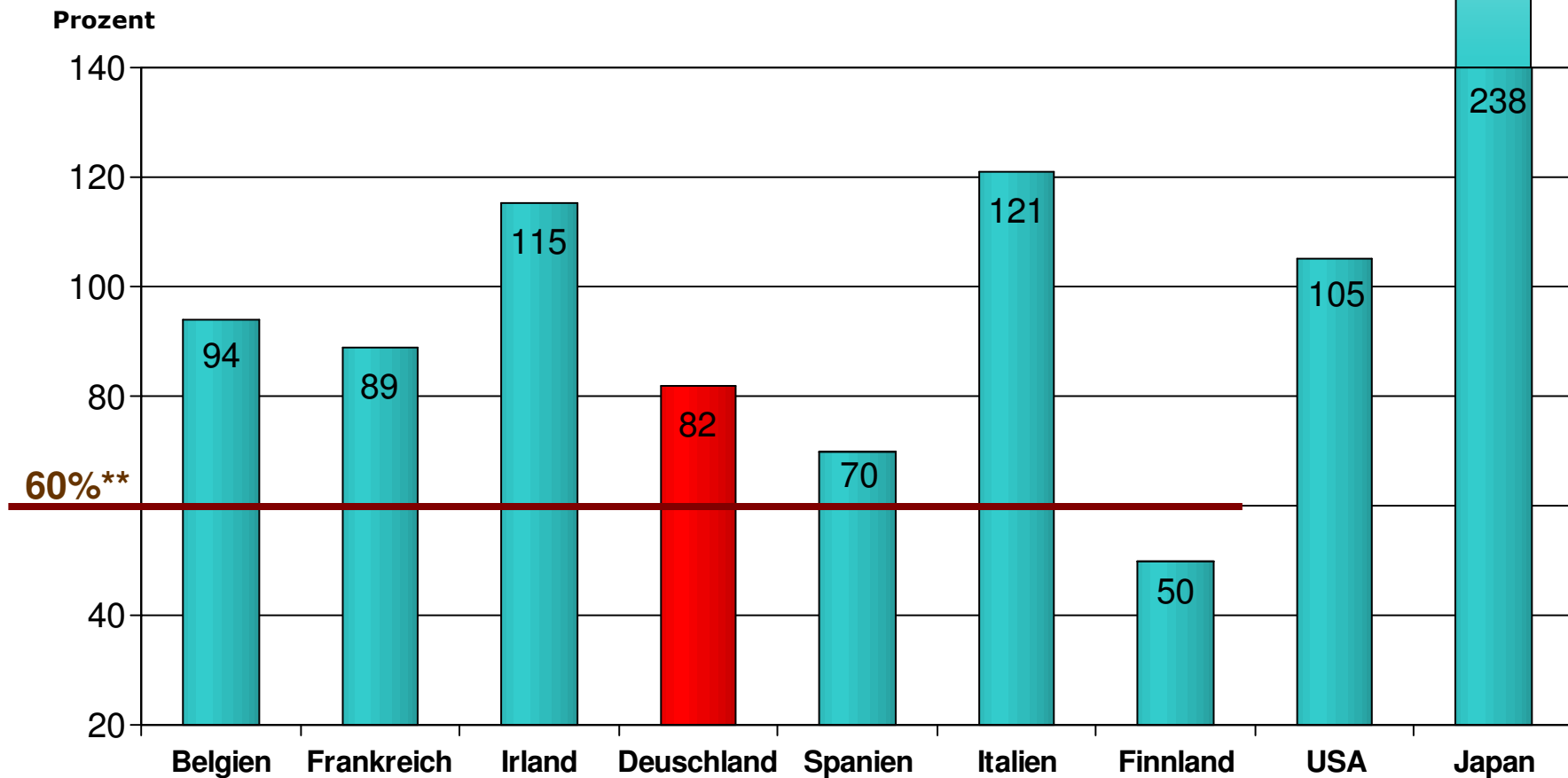
- 2002 und 2003: **Deutschland** und **Frankreich** überschreiten Defizitgrenzen
- 25.11.2003: **ECONFIN-Rat setzt automatisches Verfahren vorübergehend aus**
- Juni 2007: EU beendet Defizitverfahren gegen Deutschland, ebenso werden Verfahren gegen Malta und Griechenland eingestellt

Vertragsverletzungen und Aufweichungen

- **Juni 2005: Aufweichungen** im Vertrag von Nizza vertraglich festgeschrieben
- **Defizitverfahren** werden nun **nicht mehr automatisch** nach Überschreiten der 3-Prozent-Grenze eingeleitet.
-
- Einzelfallprüfung: **vorübergehende Schwäche** der Volkswirtschaft oder Defizit zur Finanzierung wachstumsfördernder Maßnahmen? → **kein Defizitverfahren**
- **Defizite** muss ein Land nicht unbedingt **in kürzester Zeit abbauen**, sondern erhält die Möglichkeit, in einer **mittel- bis langfristig** angelegten Strategie zu geordneten Staatsfinanzen zu gelangen.
- **Sanktionen nur**, wenn ein teilnehmender Mitgliedstaat nicht die vom Rat empfohlenen Schritte unternimmt, um sein übermäßiges Defizit abzubauen (Defizitverfahren).
- **Welche Sanktionen** ergriffen werden, **entscheidet der Rat** unter Würdigung der Umstände des Einzelfalls.

Schuldenstandsquoten ausgew. Länder 2012*

staatlicher Schuldenstand in Prozent relativ zum Bruttoinlandsprodukt

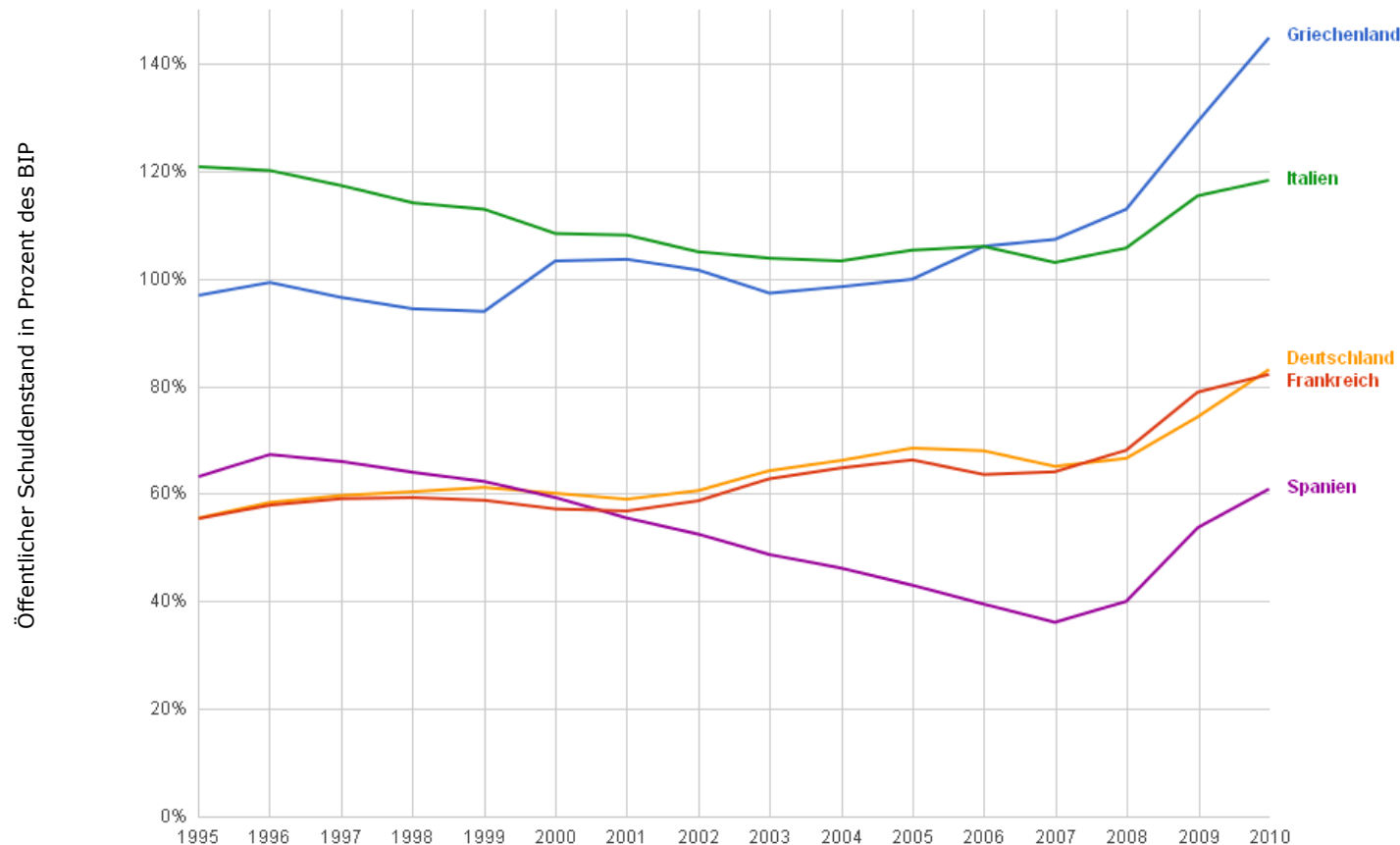


* Quelle: Schätzungen des IWF

** Stabilitäts- und Wachstumspakt Schuldenstandsquote < 60 %

Staatsschulden ausgewählter EU Staaten 1995 zu 2010

- enorme Schuldenentwicklung, insbesondere in den derzeitigen Problemstaaten
- EU Schätzung: durchschnittliche Staatsverschuldung in der EU 40% über dem Vorkrisenniveau
- durchschnittliche Staatsverschuldung bei 83% des BIP (noch nie vorher erreicht, außer in großen Kriegen)



Reform des Pakts nach der Schuldenkrise:

Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts „Fiskalunion“

(Beschluss auf Europäischen Gipfel am 8. und 9. Dezember)

26 von 27 EU Ländern stimmten **zwischenstaatlichen Vertrag** zu

das 3%-Defizitziel wird (wie bei der deutschen Schuldenbremse) mittelfristig durch den ausgeglichenen Haushalt **ersetzt**;

ein kontrollierter Abbau des Schuldenstandes auf 60% des BIP wird erstmals vorgeschrieben;

- nationale Haushaltsregeln müssen Mindeststandards erfüllen

- Defizit- als auch die Gesamtschuldenrückführung unterliegen neuen abgestuften Sanktionsverfahren,

- darin können Beschlüsse auch gegen eine Mehrheit der Euroländer auf Vorschlag der Europäischen Kommission beschlossen werden

Weiterhin:

- stärkere Steuerüberwachung

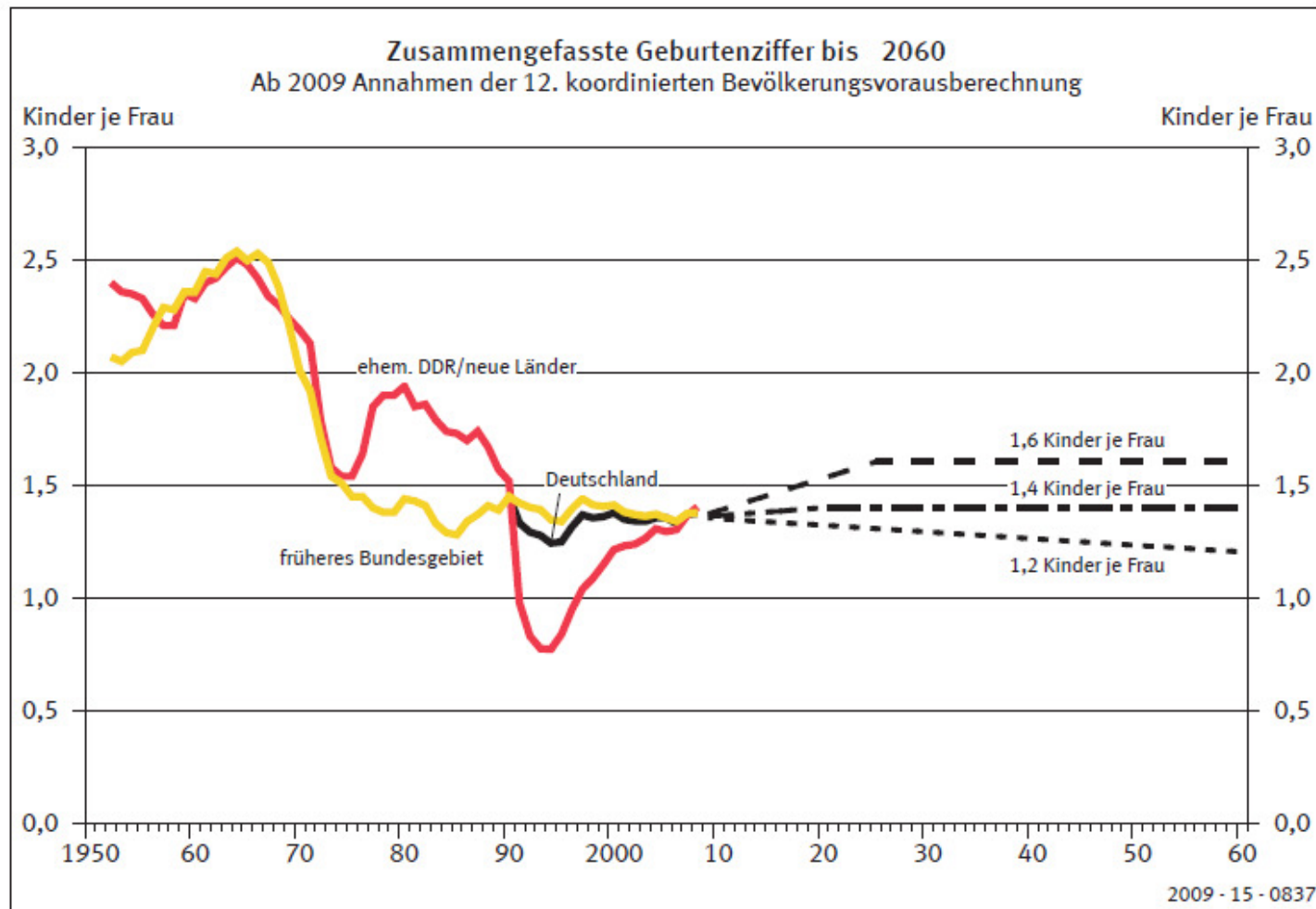
- Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) soll bereits im Juli 2012 statt Juli 2013

- Keine weitere Beteiligung privater Gläubiger an Schuldenerlassen

- ESM i.H.v. 500 Mrd. Euro plus IWF Mittel i.H.v. 200 Mrd. Euro abrufbar

III. Demografie

Geburtenentwicklung

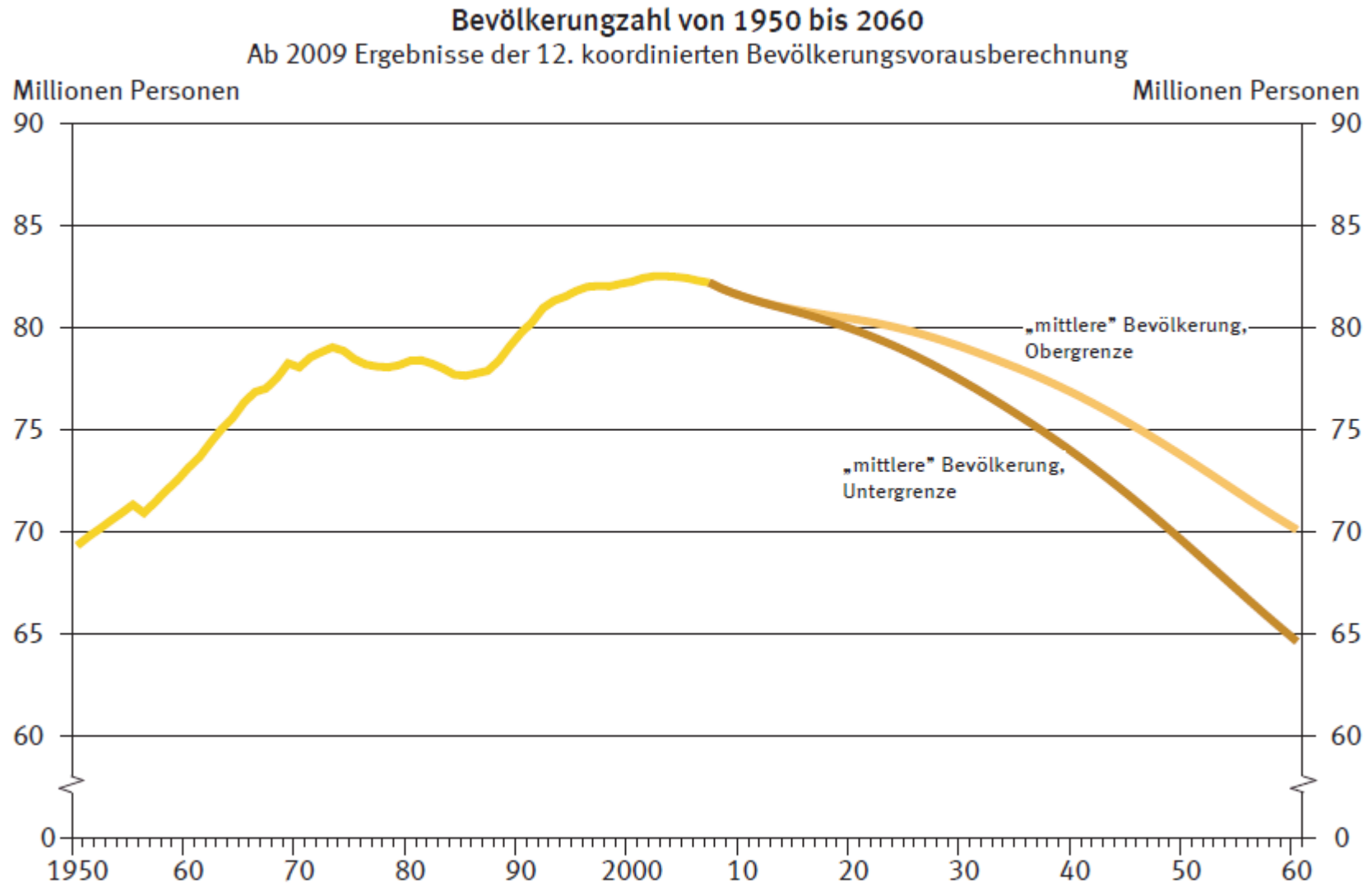


Weniger Geburten und zunehmende Sterbefälle führen zu wachsendem Geburtendefizit und Rückgang der Bevölkerung

Bei 1,4 Kindern je Frau fällt jede neue Generation um ein Drittel kleiner aus als die ihrer Eltern

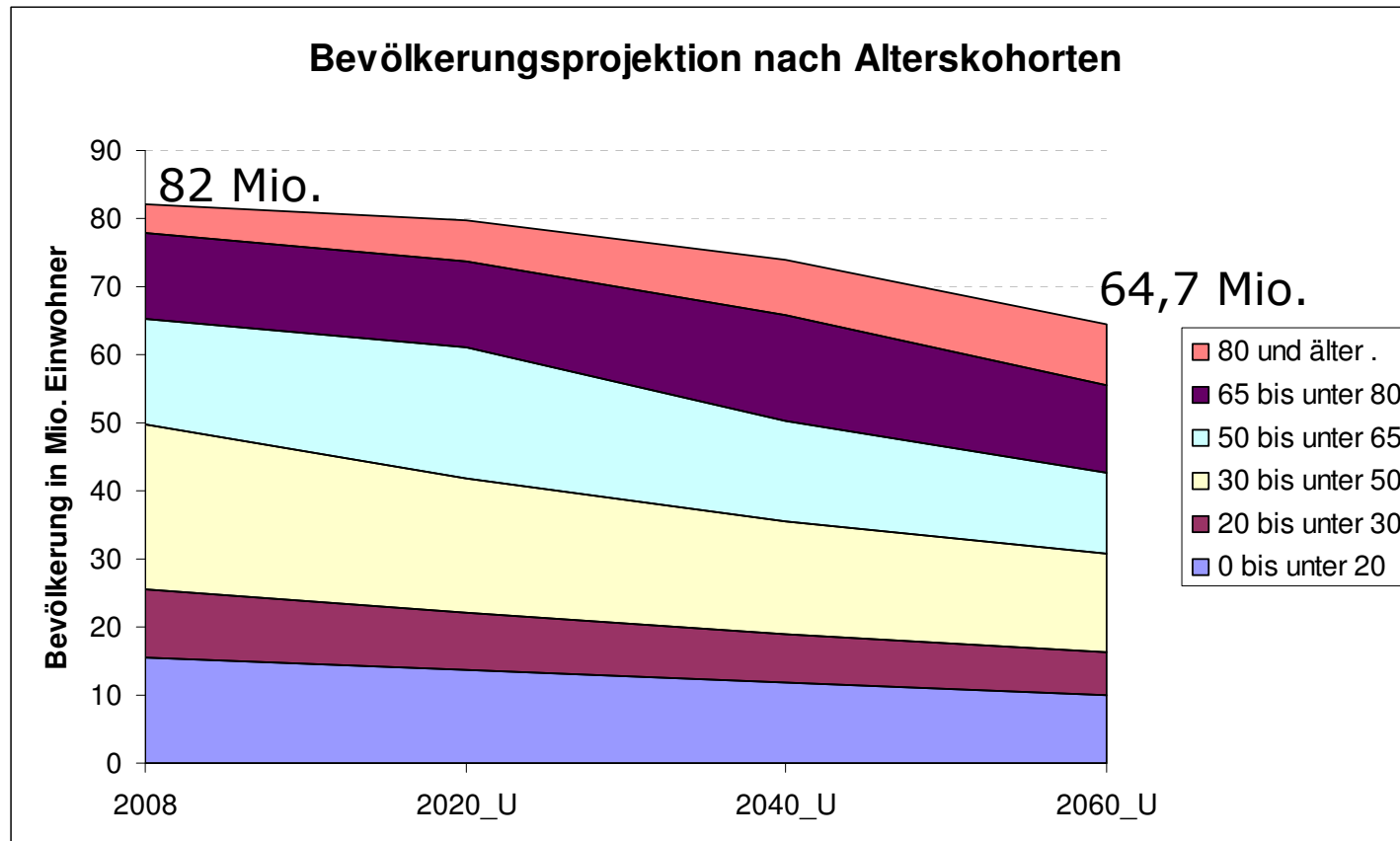
Quelle: Destatis, Bevölkerung Deutschlands bis 2060 - 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, 2009

Projektion der Bevölkerung in Deutschland



Quelle: Destatis, Bevölkerung Deutschlands bis 2060 - 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, 2011

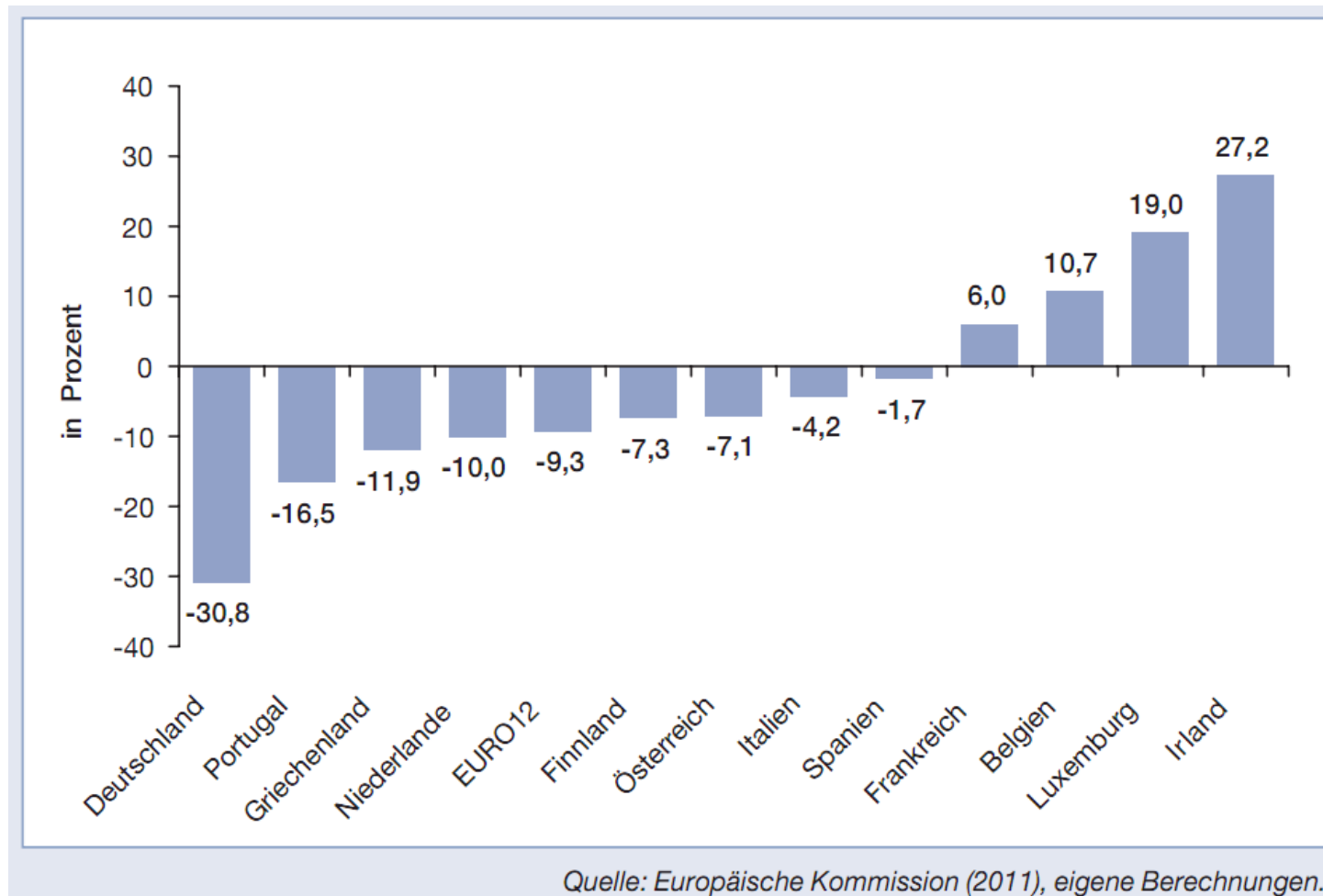
„mittlere“ Bevölkerung Untergrenze



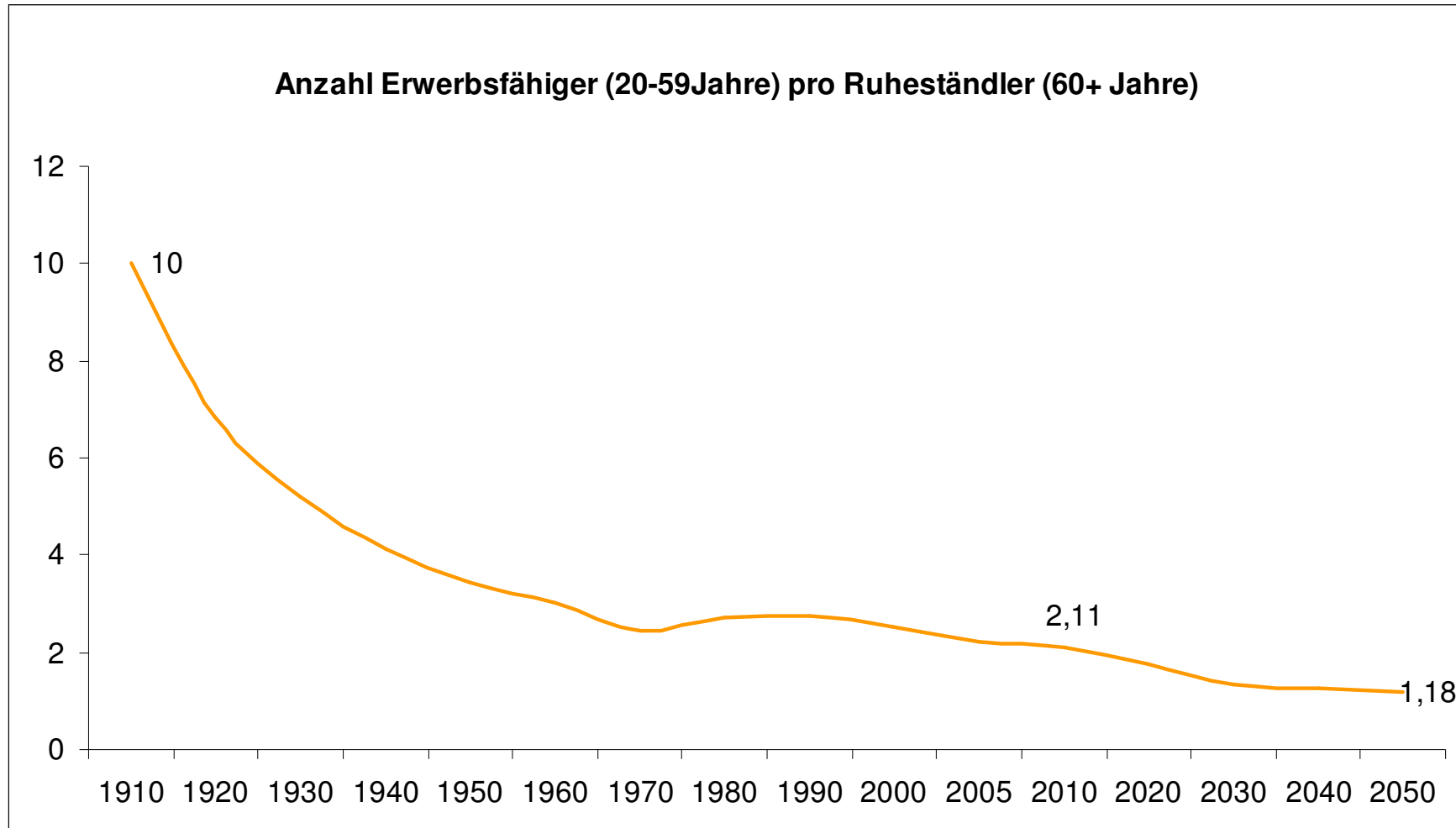
Quelle: Destatis, Bevölkerung Deutschlands bis 2060 - 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, 2009

Erwerbsbevölkerung bis 2060

Veränderung der Erwerbspersonenzahl zwischen 2010 und 2060



Erwerbsfähige pro Ruheständler



Quelle: Rolf Klöckner: Die Stadtentwicklung im demografischen und gesellschaftlichen Wandel. 2006.,
BPB: Entwicklung der Altersstruktur 1960-2050, Stand 2006. 2007

IV. Thüringen

Gliederung

- I. **Entwicklung des Landes**
 - a) Verschuldung Thüringens im Vergleich
 - b) Entwicklung des langfristigen Einnahmerahmens
 - c) Ausgabenstruktur und Anpassungsbedarf

- II. **Stellenabbaukonzept 2020**

- III. **Der Kommunale Finanzausgleich in Thüringen 2012**

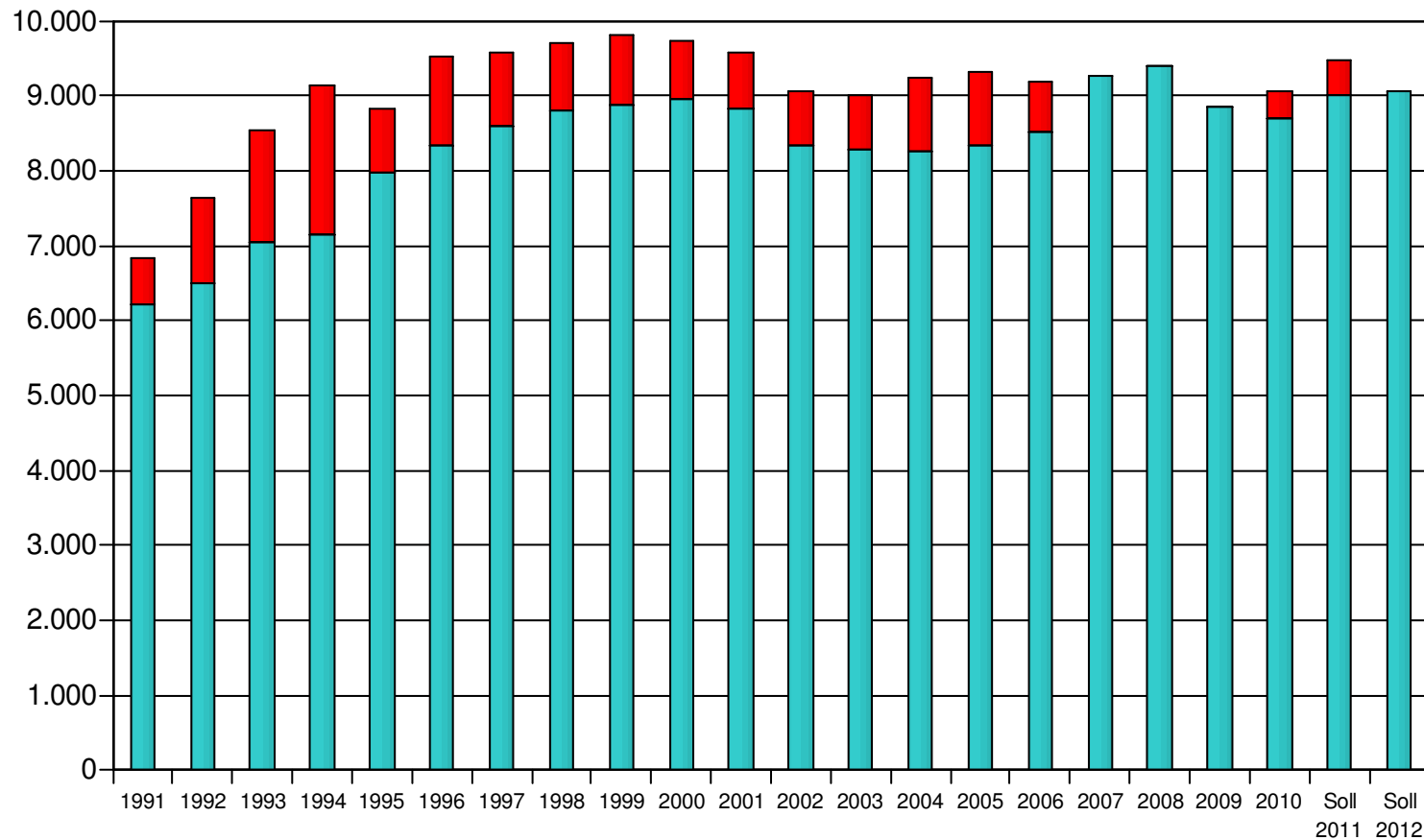


I. Entwicklung des Landes

Verschuldung Thüringens
im Vergleich

Bereinigte Einnahmen und NKA 1991 bis 2012

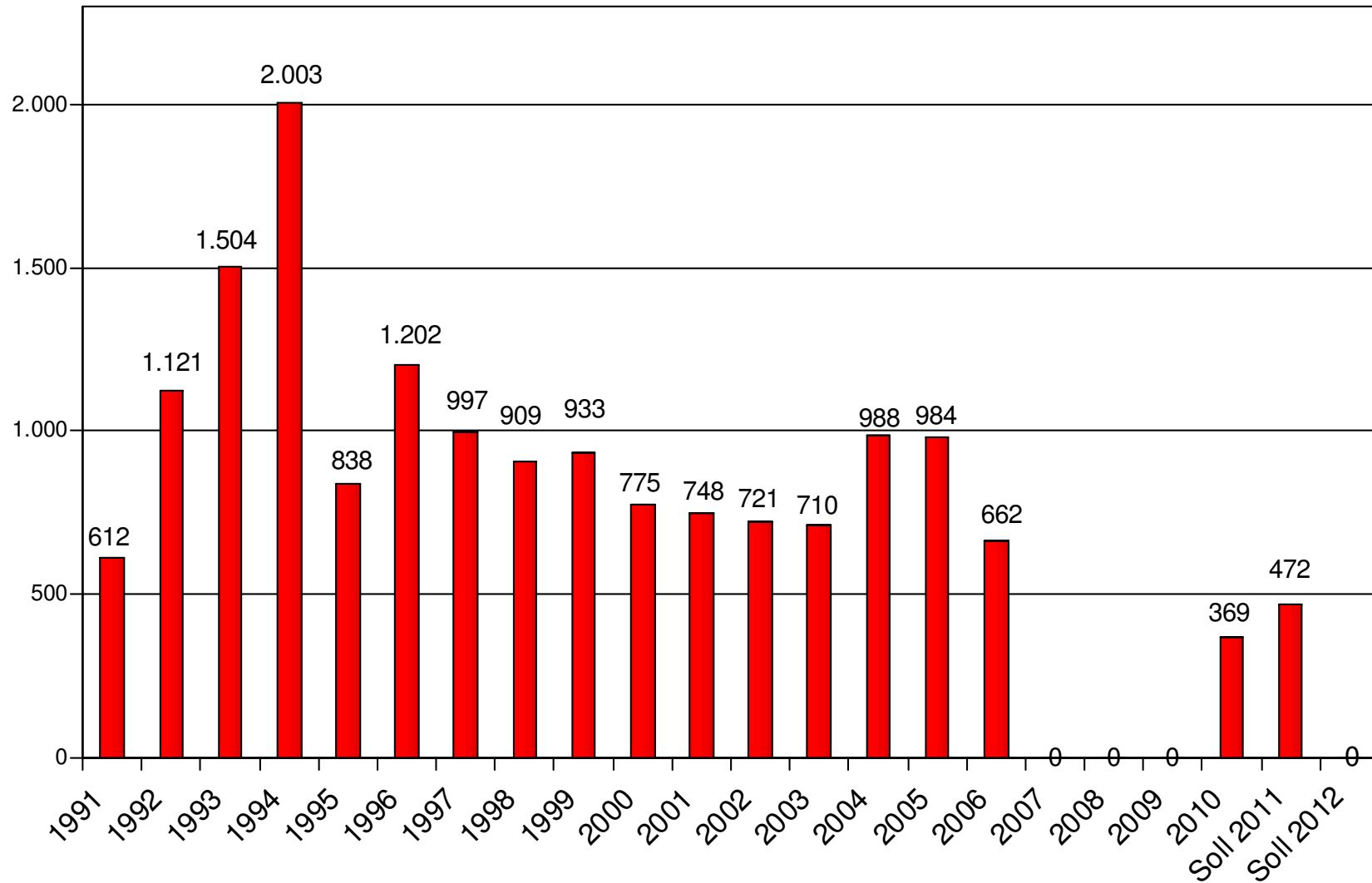
in Mio. EUR



	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Soll 2011	Soll 2012
■ NKA	611,5	1.121,0	1.504,4	2.002,9	837,7	1.201,9	997,2	909,3	933,4	774,5	748,2	721,4	710,0	988,0	983,7	662,1	0,0	0,0	0,0	369,4	471,9	0,0
■ bereinigte Einnahmen	6.225,9	6.509,6	7.033,4	7.133,4	7.979,1	8.322,7	8.585,7	8.794,5	8.885,7	8.953,0	8.837,0	8.342,0	8.285,4	8.255,7	8.326,9	8.526,7	9.265,3	9.385,2	8.840,5	8.699,6	9.004,3	9.048,3

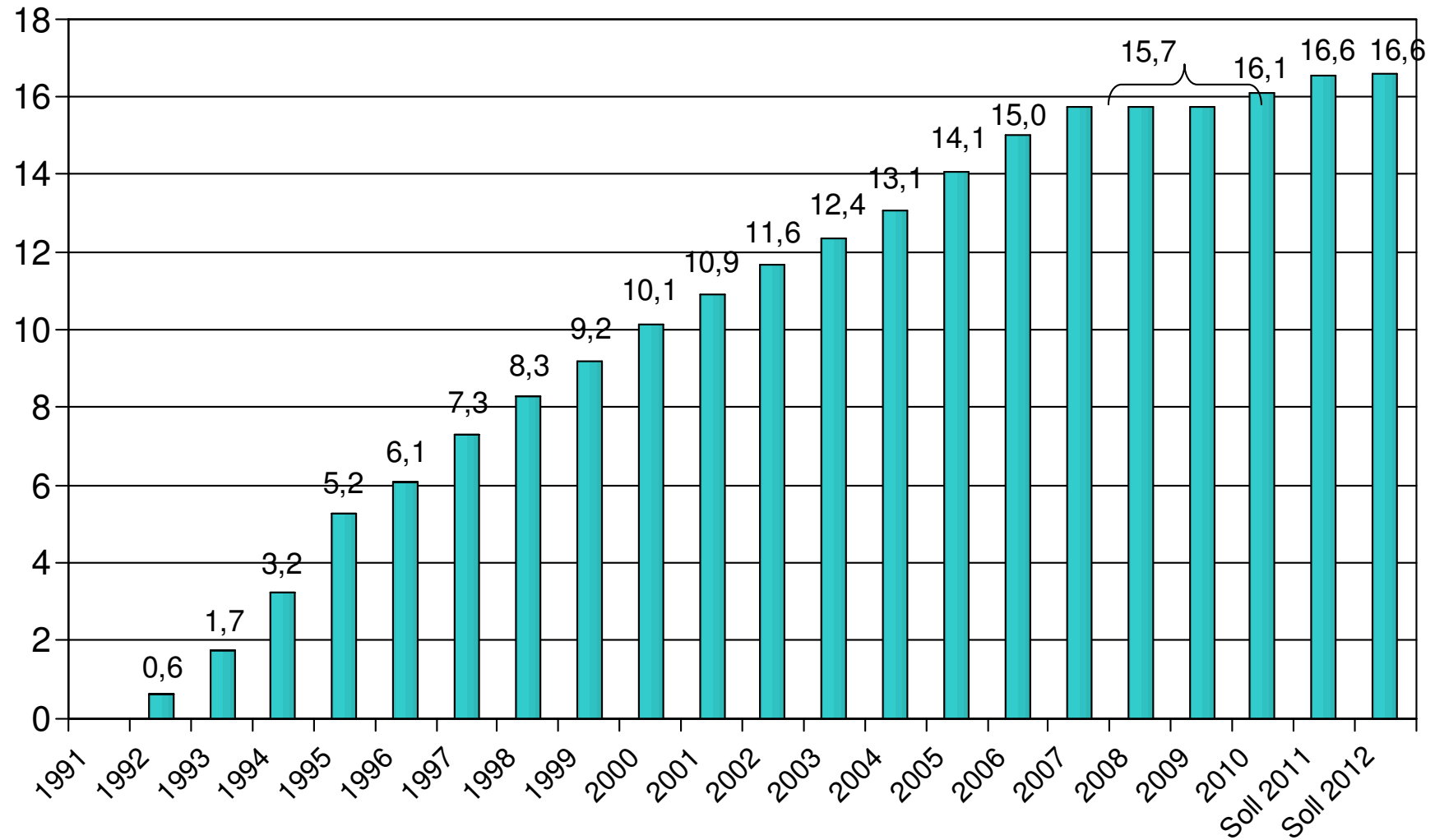
Neuverschuldung TH von 1991 bis 2012

in Mio. EUR



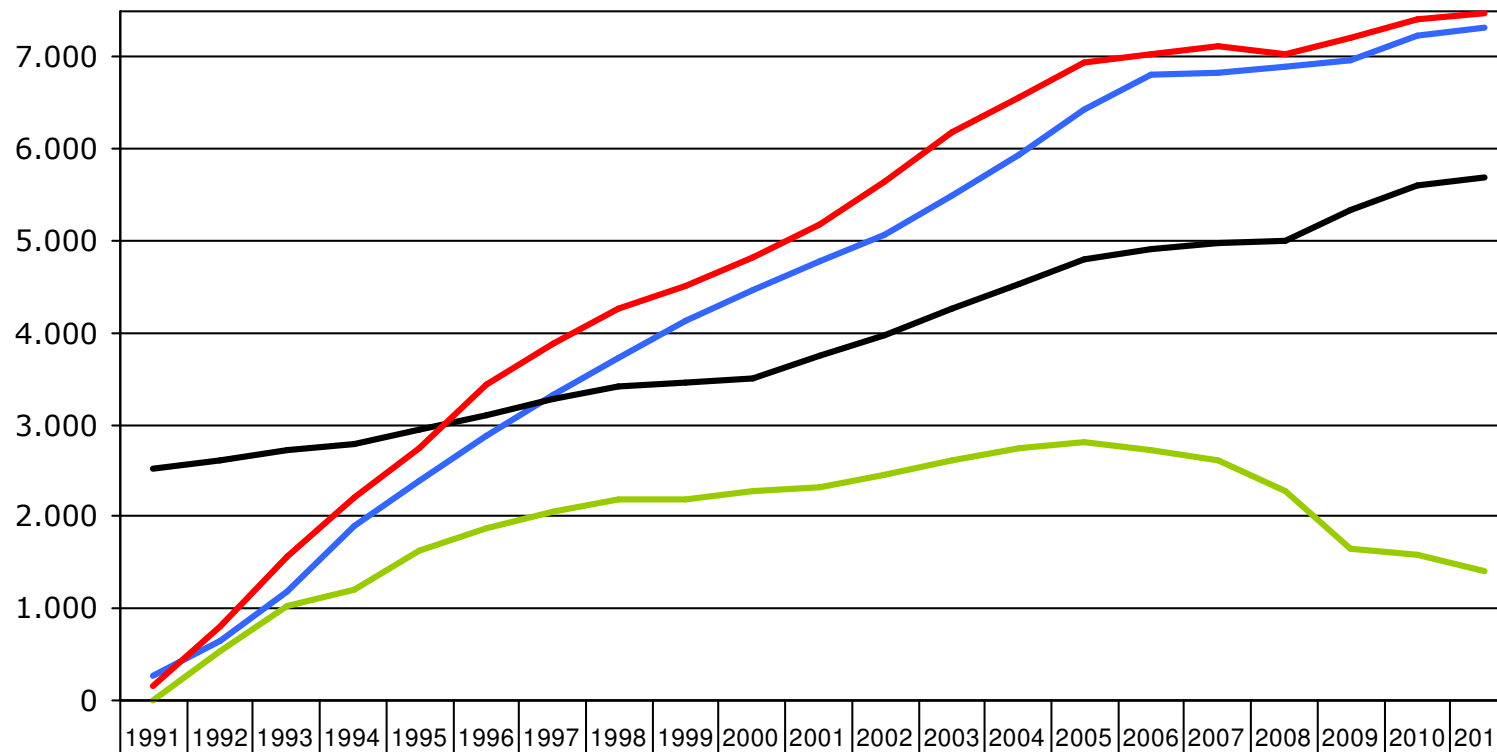
Schuldenstand TH von 1991 - 2012

in Mrd. EUR



Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung 1991 - 2011

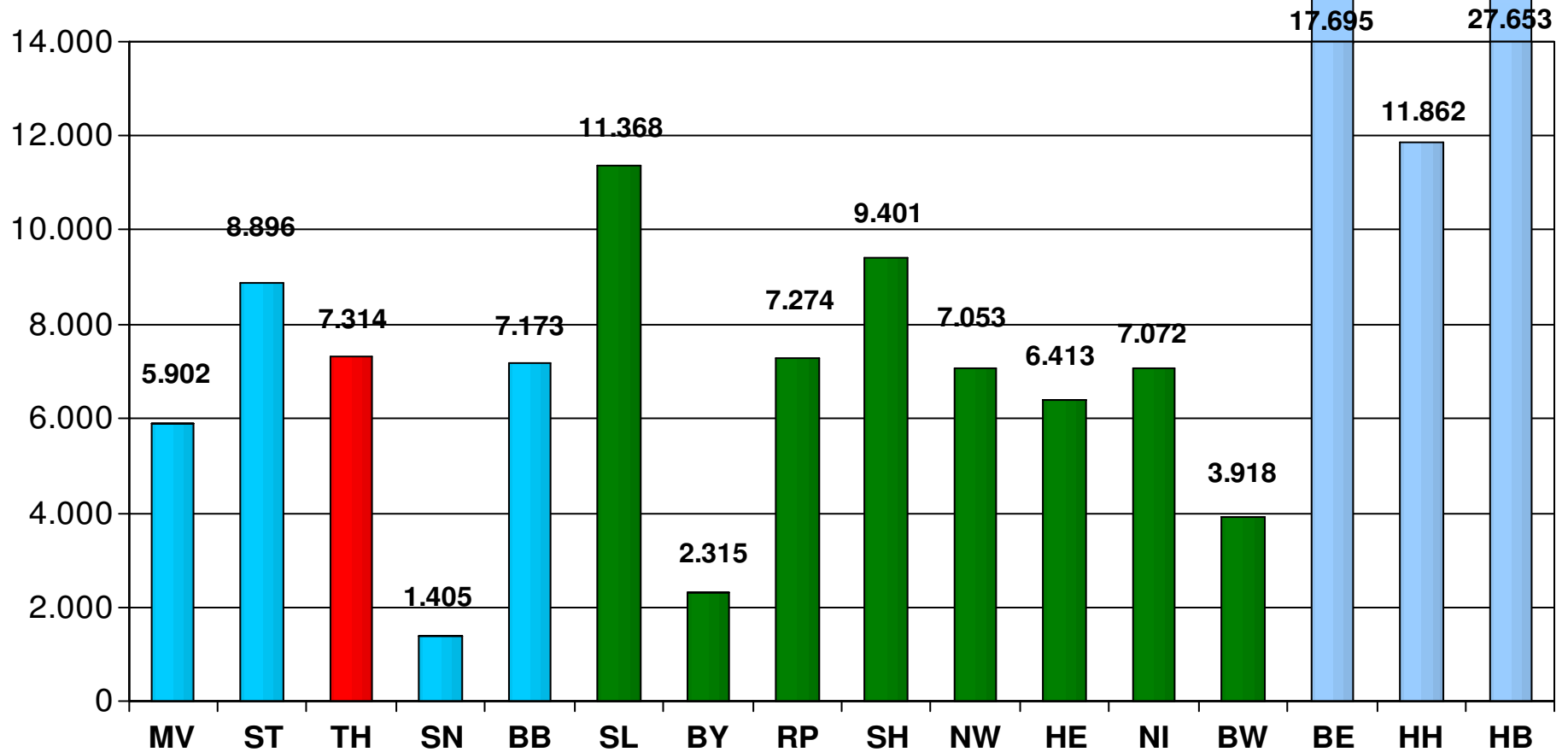
in EUR je Einwohner / Quelle SFK 4 (Schuldenstand zum 31.12. des Jahres)



	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
— Sachsen	11	532	1035	1212	1630	1881	2047	2179	2196	2266	2315	2446	2617	2746	2822	2720	2613	2279	1649	1576	1405
— Thüringen	266	637	1179	1907	2393	2882	3316	3731	4121	4460	4787	5069	5486	5945	6418	6803	6828	6895	6959	7243	7314
— Flächenländer West	2528	2605	2719	2801	2935	3102	3288	3421	3459	3515	3742	3974	4265	4536	4792	4915	4979	4997	5329	5594	5703
— Flächenländer Ost ohne TH, SN	151	799	1573	2210	2750	3441	3884	4266	4519	4825	5186	5651	6194	6567	6943	7030	7125	7040	7209	7402	7471

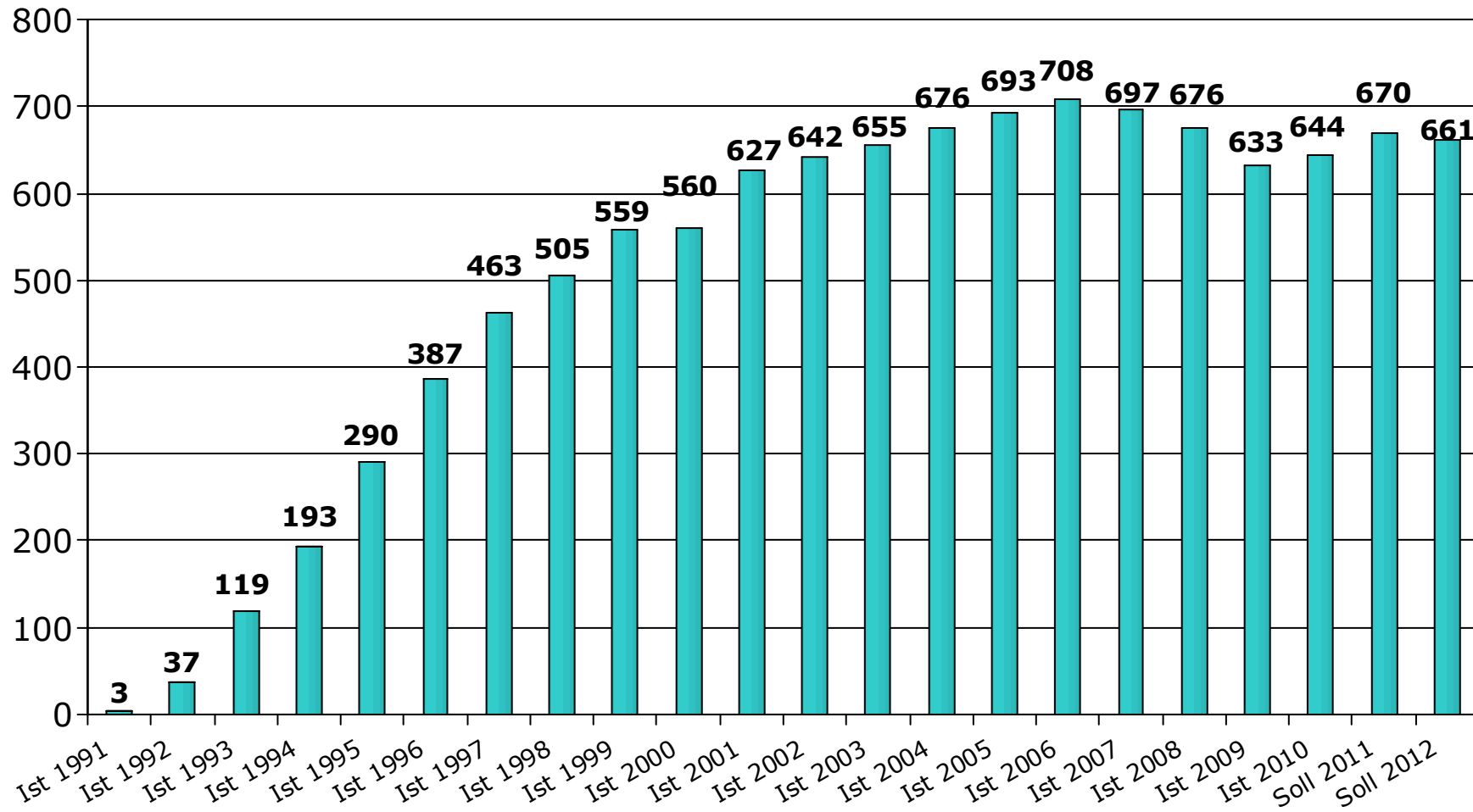
Ländervergleich Schuldenstand

Quelle: SFK 4 mit Stand 31.12.2011, EUR je Einwohner



Zinsausgaben 1991-2012

in Mio. EUR

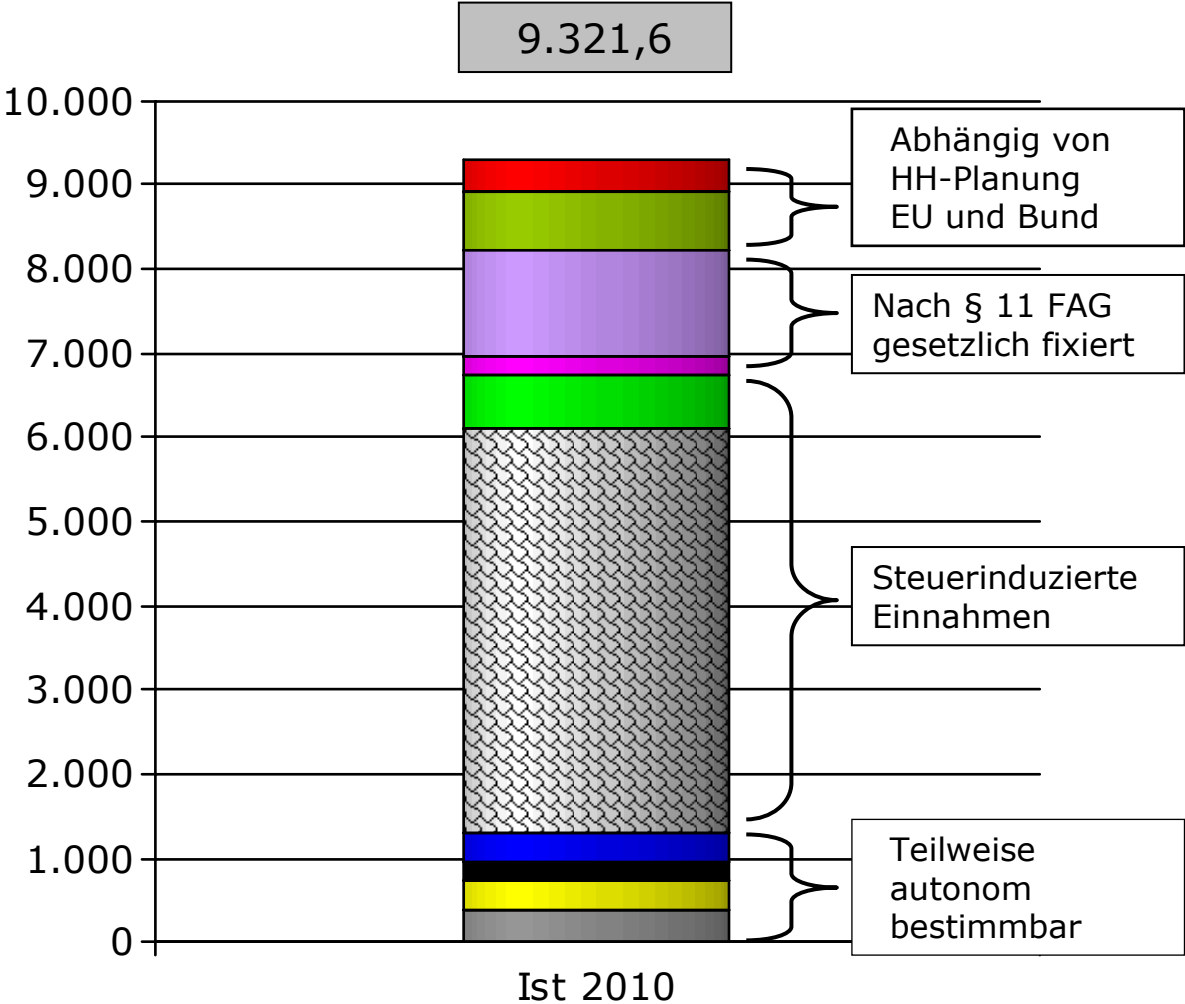




Entwicklung des langfristigen Einnahmerahmens

Einnahmestruktur 2010

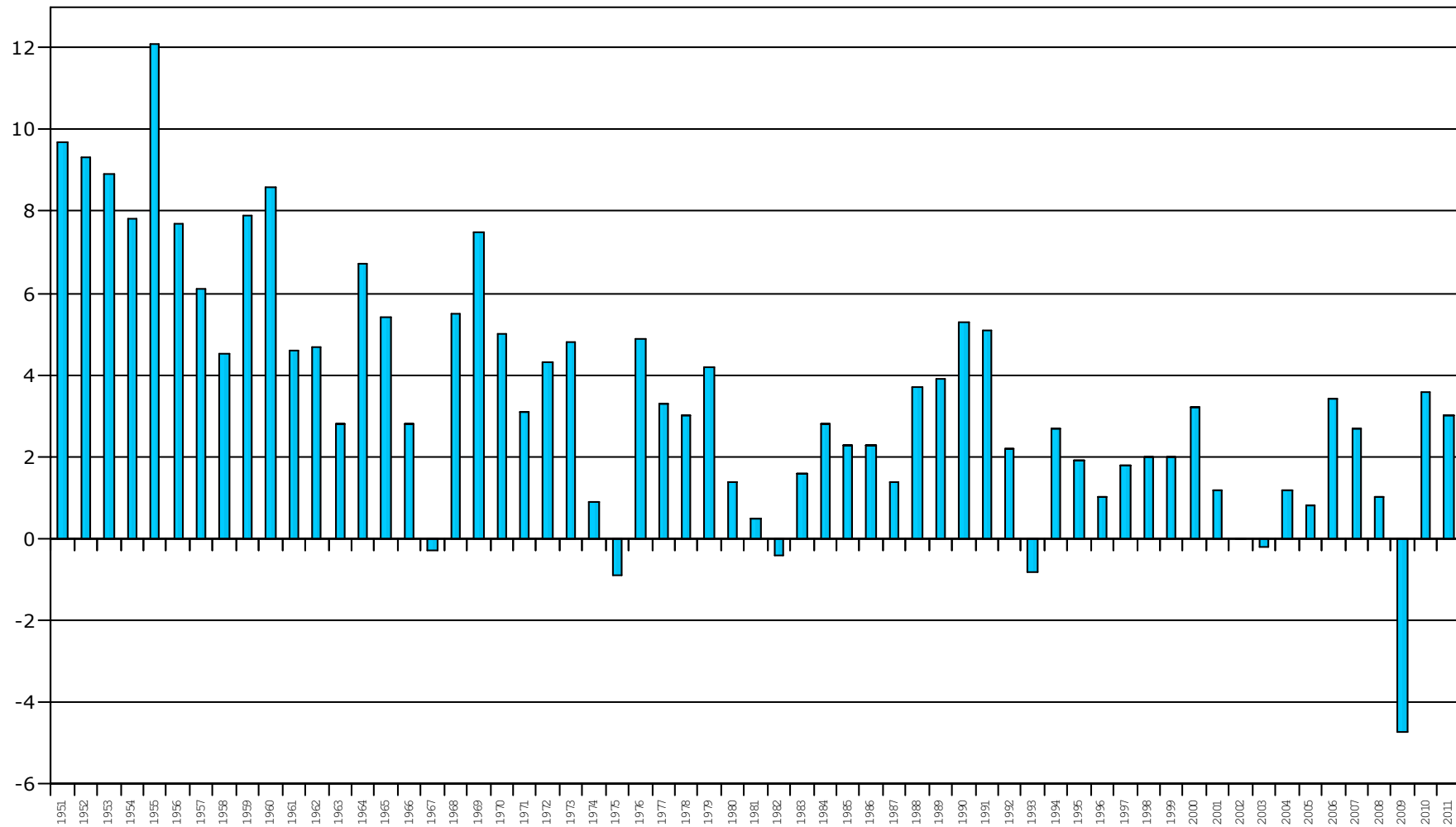
in Mio. EUR



	EU-Programme
	Bund-Länder-Programme
	Sonderbedarfs-BEZ wegen teilungsbedingter Lasten
	Sonderbedarfs-BEZ wegen struktureller Arbeitslosigkeit und wegen Kosten politischer Führung
	LFA und Fehl-BEZ
	Steuern, steuerähnliche Abgaben und KFZ-Steuer-Kompensation
	Verwaltungseinnahmen
	Allg. Rücklage und Überschuss
	Neuverschuldung
	Sonstige Einnahmen

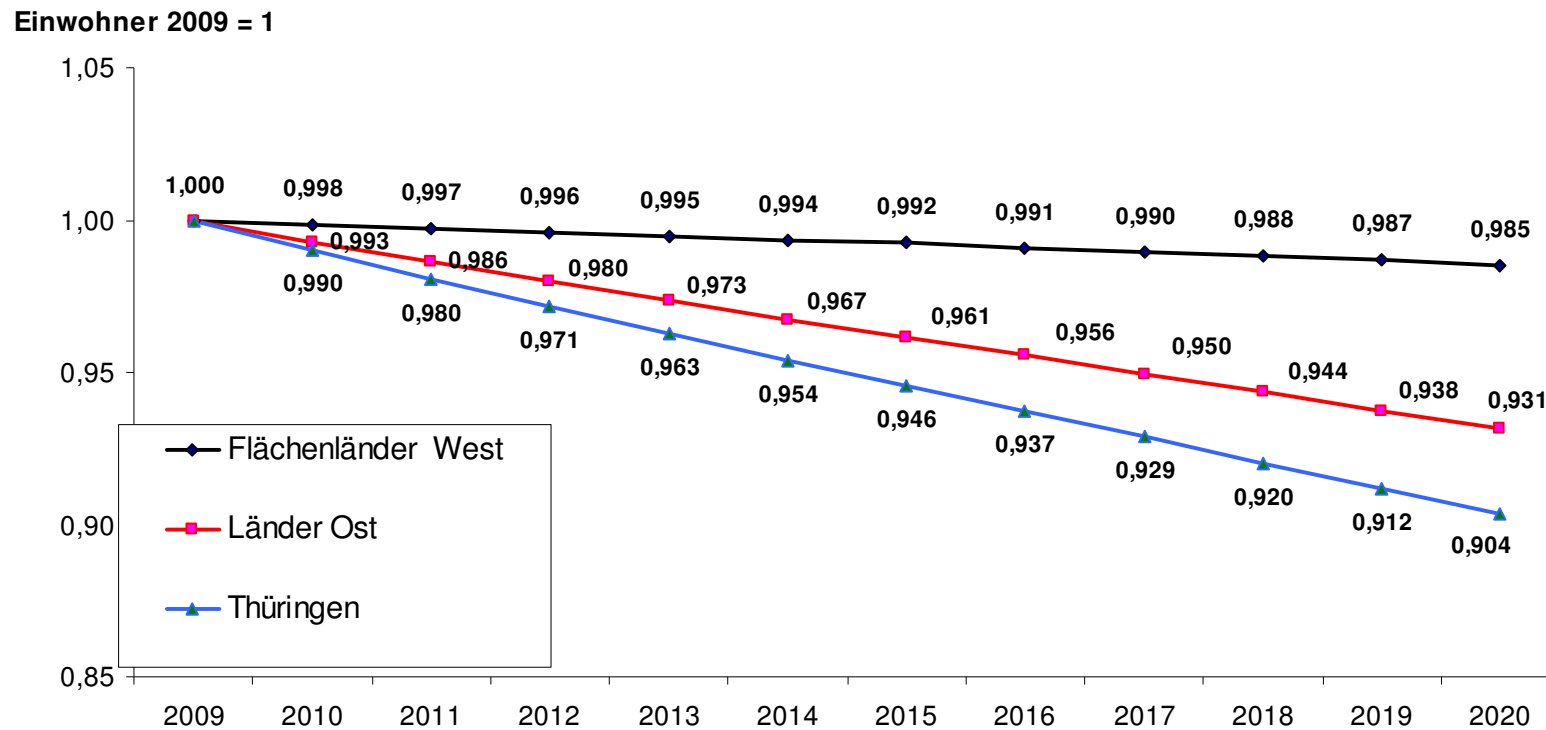
BIP Deutschland von 1951 bis 2011

Angaben in Prozent / preisbereinigt / bis 1991 früheres Bundesgebiet, bis 1960 ohne Saarland und Berlin West



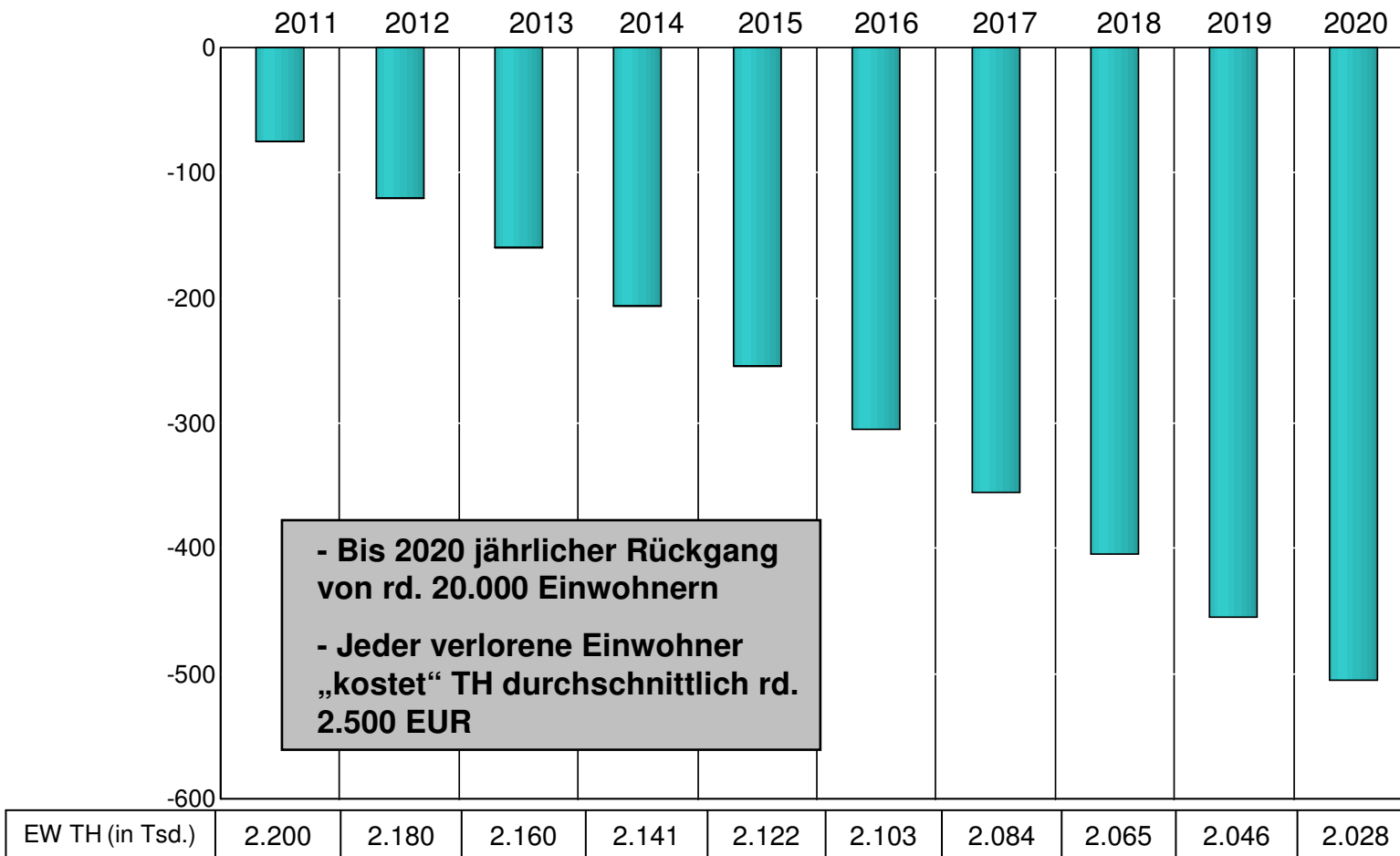
Bevölkerungsentwicklung bis 2020

Vergleich der Bevölkerungsentwicklung nach Flächenländern West / Neue Länder (ohne Thüringen) / Thüringen jeweils auf Grundlage der 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung - Variante 1W1



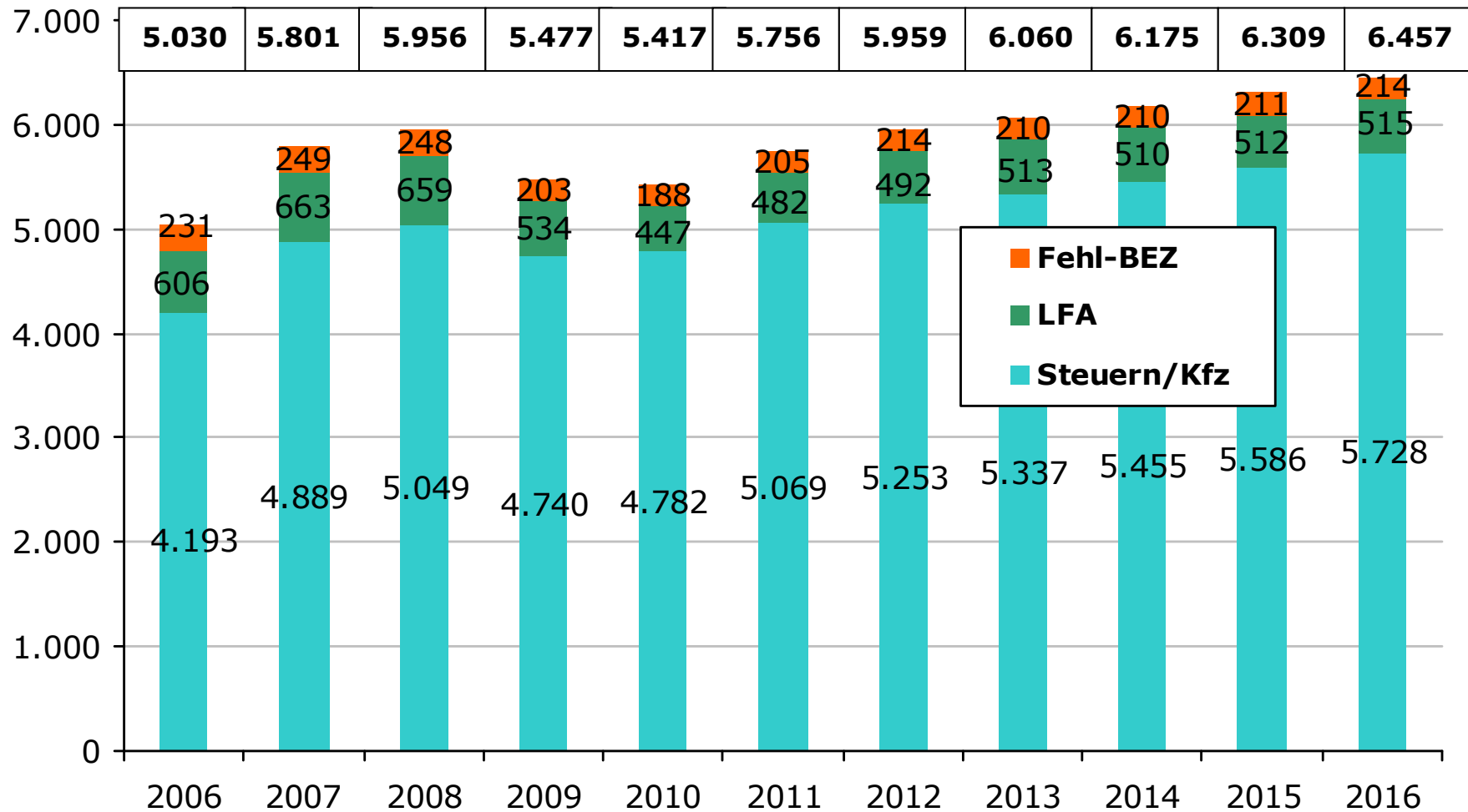
Einnahmerückgang aus dem Ausgleichssystem zwischen den Ländern aufgrund der Bevölkerungsentwicklung

in Mio. EUR, kumuliert, Quelle: Bevölkerungsentwicklung Thüringens nach 12. Koordinierter Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 1W1); Statistisches Landesamt; eigene Berechnungen.



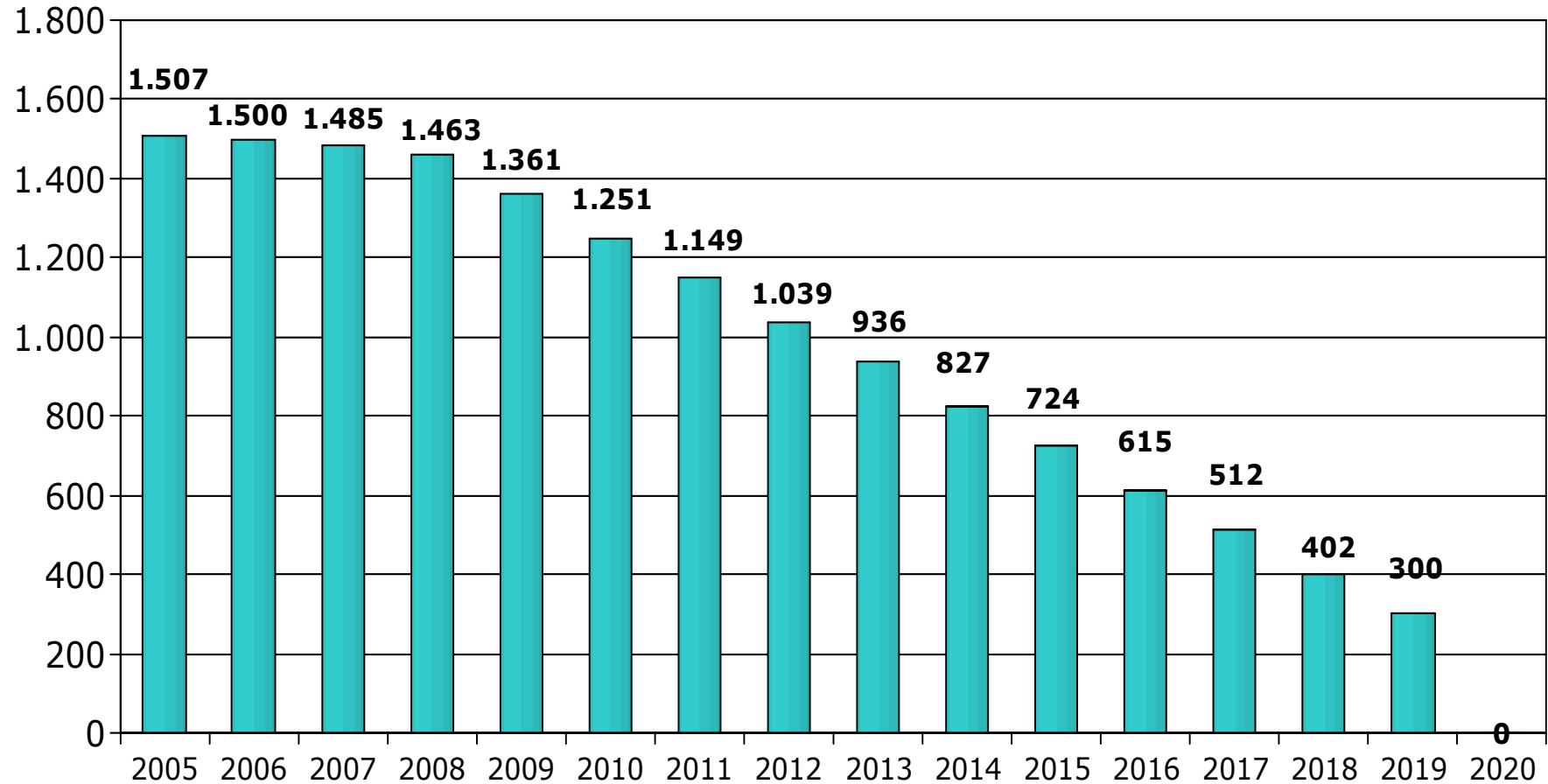
Steuern und steuerinduzierte Einnahmen 2006 bis 2016

in Mio. EUR / 2006 bis 2010 Ist-Einnahmen (ab 2009 Steuern inkl. KFZ-Steuer-Kompensation),
ab 2011 Ergebnis Nov.-Steuerschätzung 2011 des Landes Thüringen



Entwicklung der So-BEZ

in Mio. EUR / So-BEZ gemäß § 11 Absatz 3 Finanzausgleichsgesetz



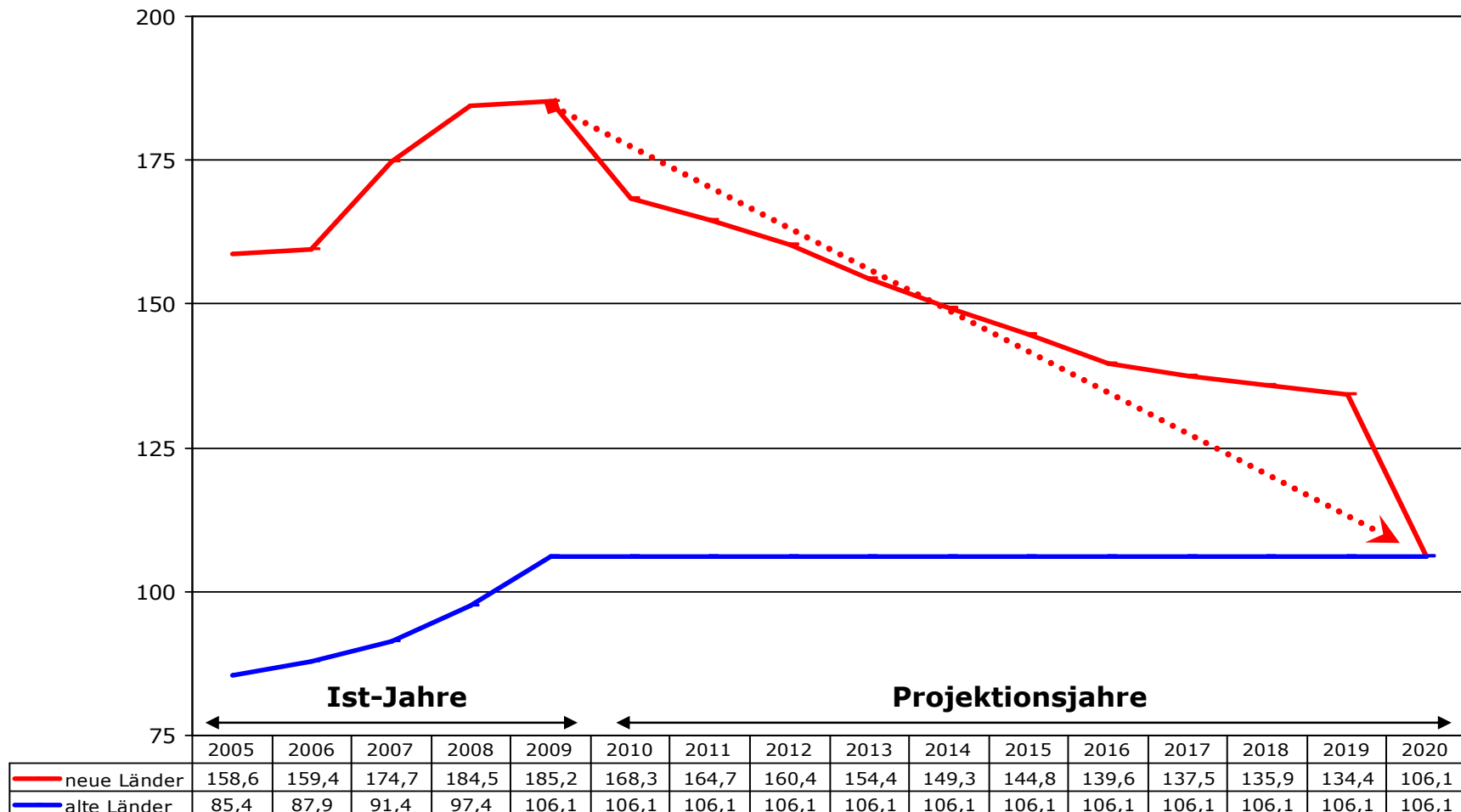
Zuweisungen des Bundes an die Länder

in EUR je Einwohner, im Rahmen der Korb-II haushaltsrelevanten Maßnahmen

2005-2009: Ist Werte

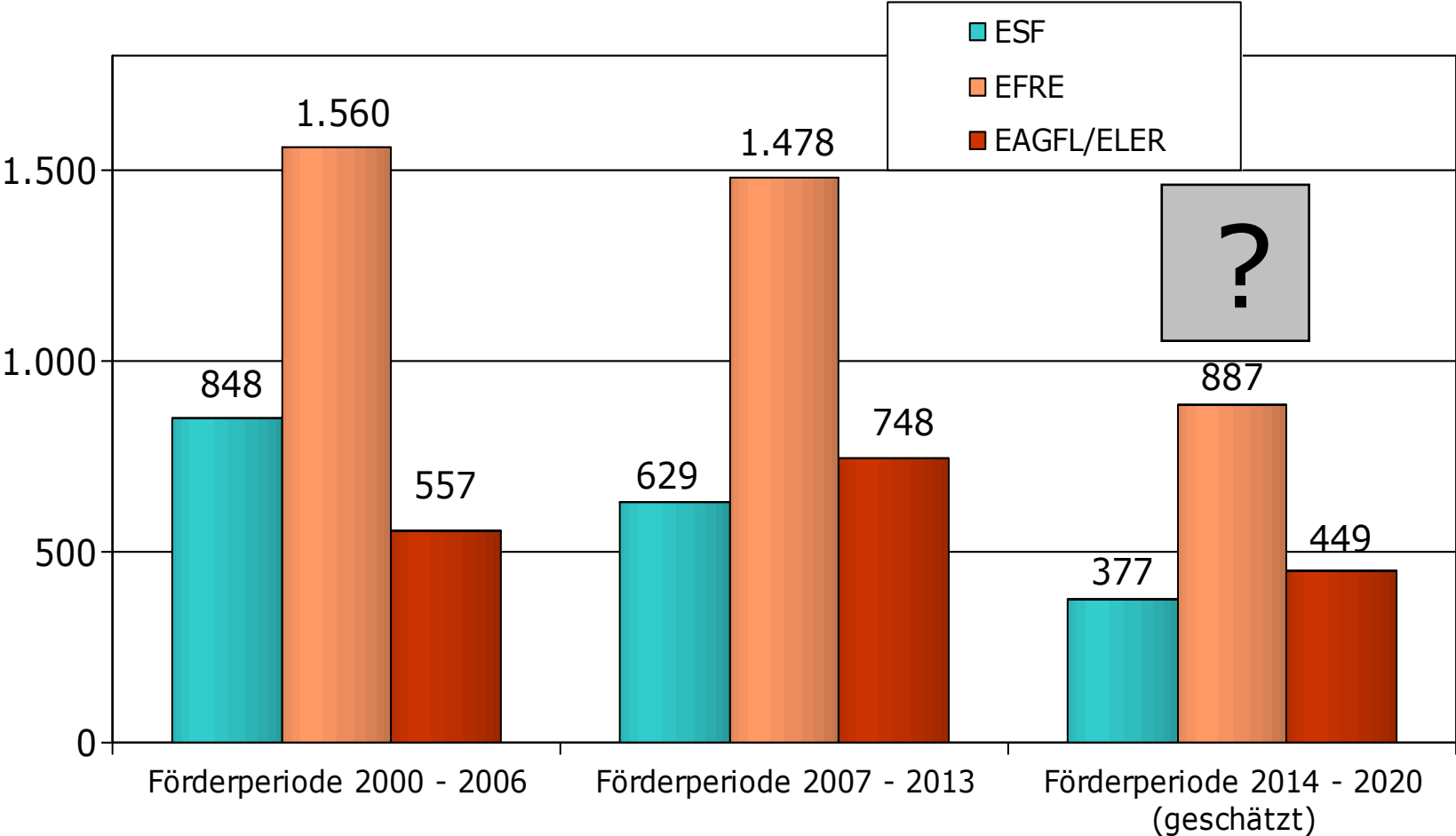
alte Länder: ab 2010 Ist 2009 fortgeschrieben

neue Länder: angepasste Finanzprojektion des Bundes



Gesamtvolumina der EU-Programme

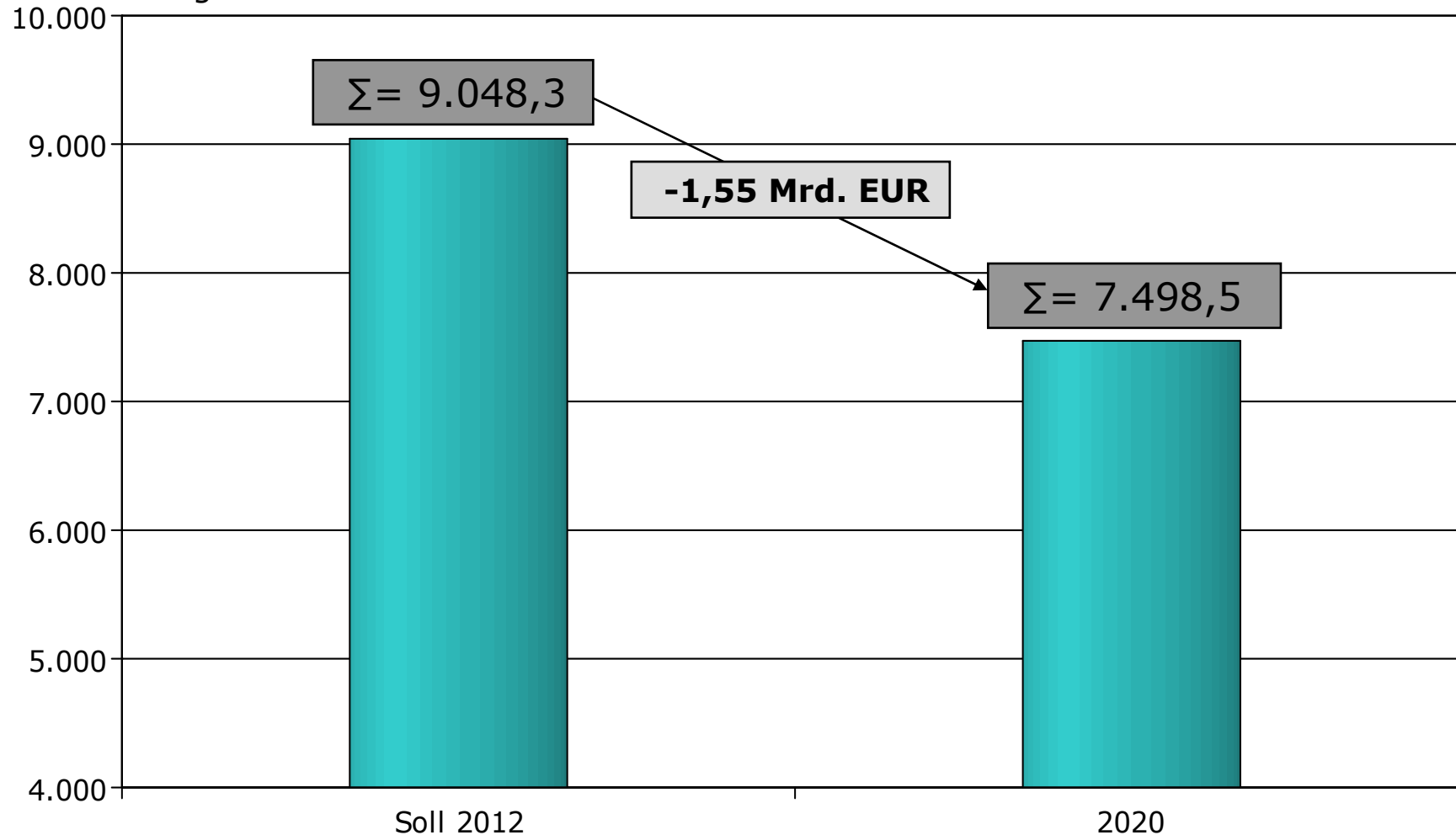
in Mio. EUR,
Annahme für die Förderperiode 2014-2020: 60% des Fördervolumens der Förderperiode 2007-2013



Einnahmevermögen 2012 und 2020

in Mio. EUR, Einnahmevermögen 2020 auf Basis „Projektion 2020“

Nach den Prognosen wird sich das Einnahmevermögen auf Grundlage der geschilderten Einzelkomponenten bis ins Jahr 2020 um rd. 1,55 Mrd. EUR auf dann noch etwa 7,5 Mrd. EUR verringern.

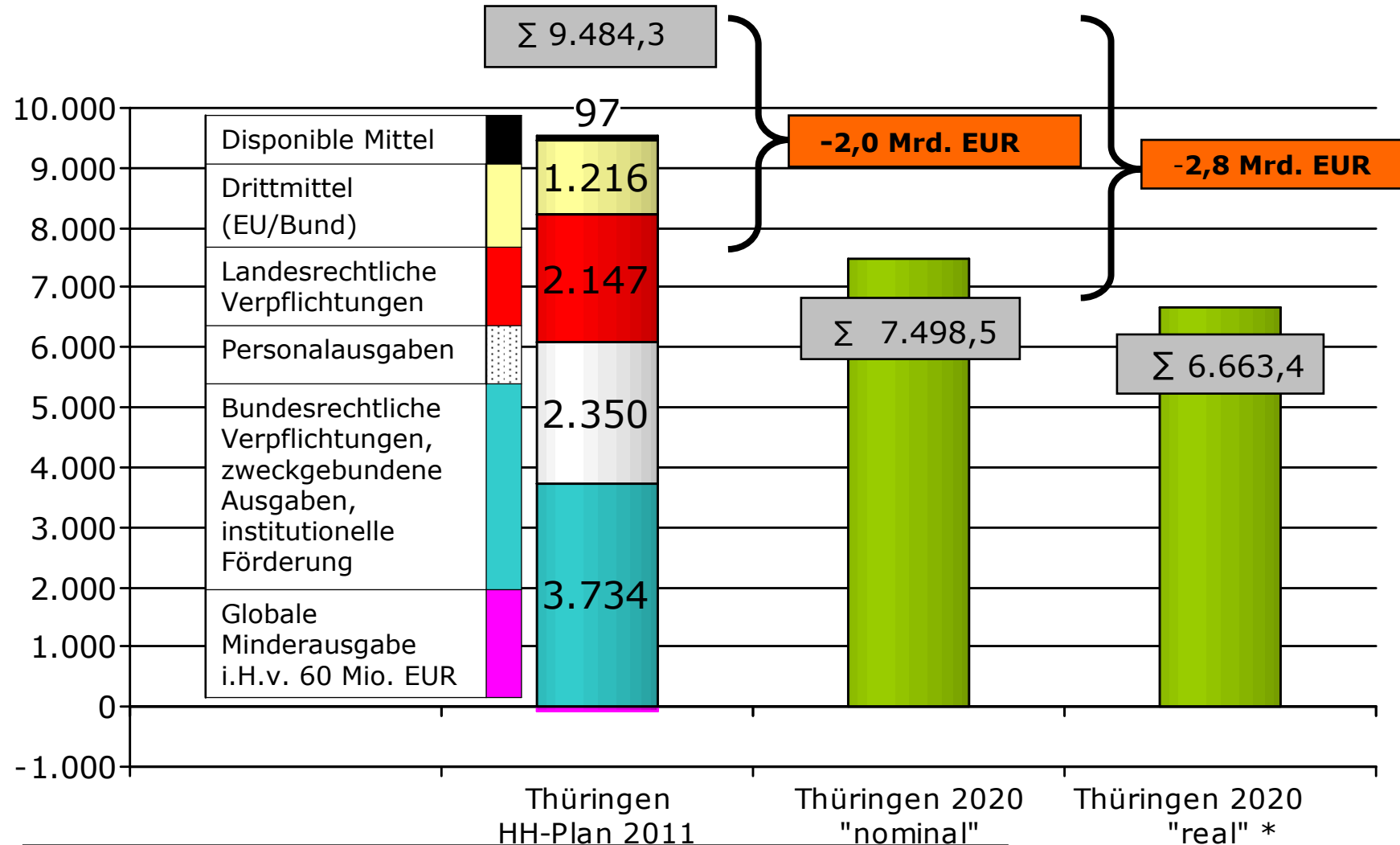




Ausgabenstruktur und Anpassungsbedarf

Ausgabevolumen 2011 vs. 2020 – nominal und real

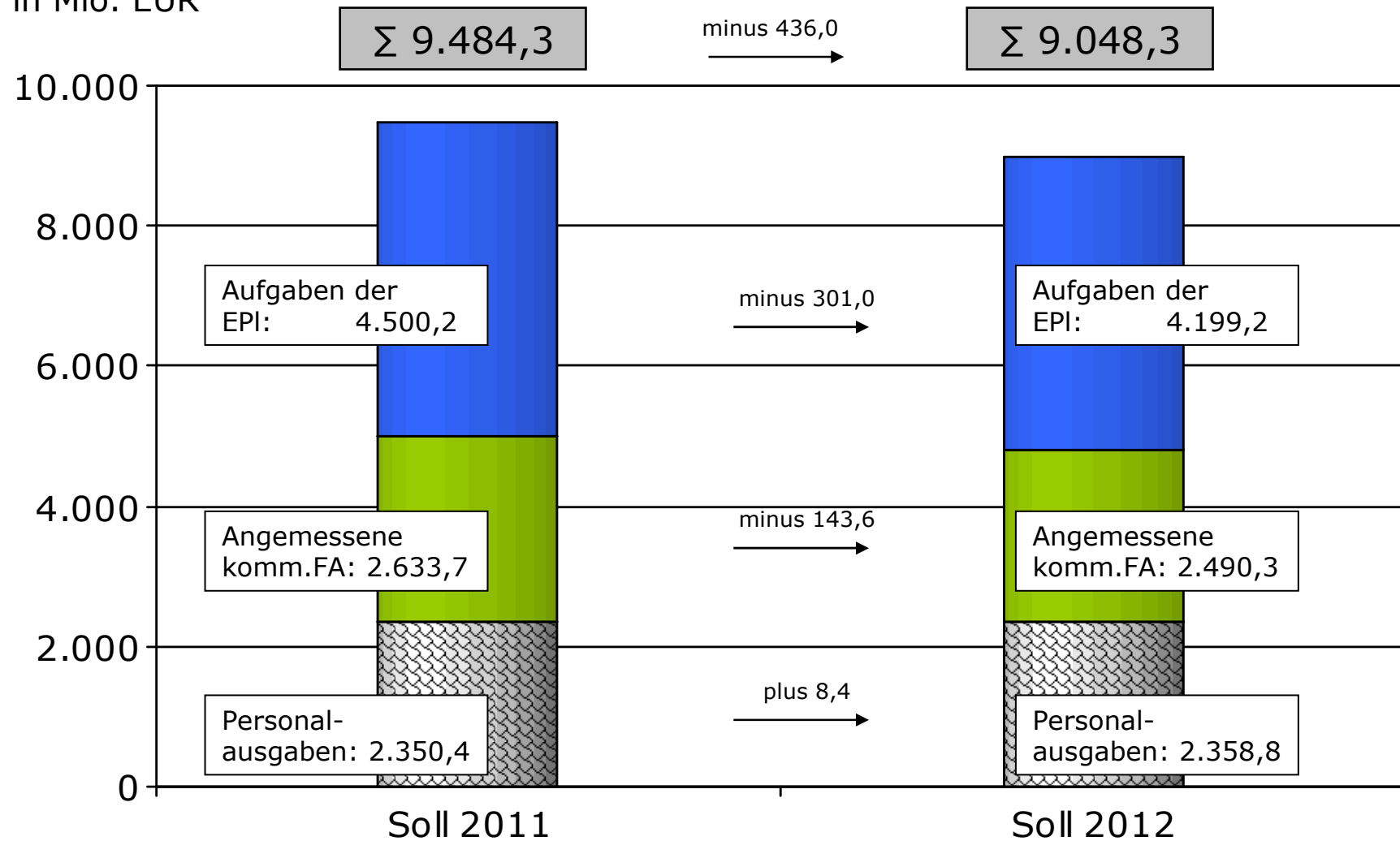
in Mio. EUR



*berechnet auf Basis der Ausgaben pro EW der Flächenländer West (abzüglich NKA) mit Basis Ist 2009 hochgerechnet auf Einwohnerzahl Thüringens im Jahr 2020.

Ausgabestruktur 2011 und 2012

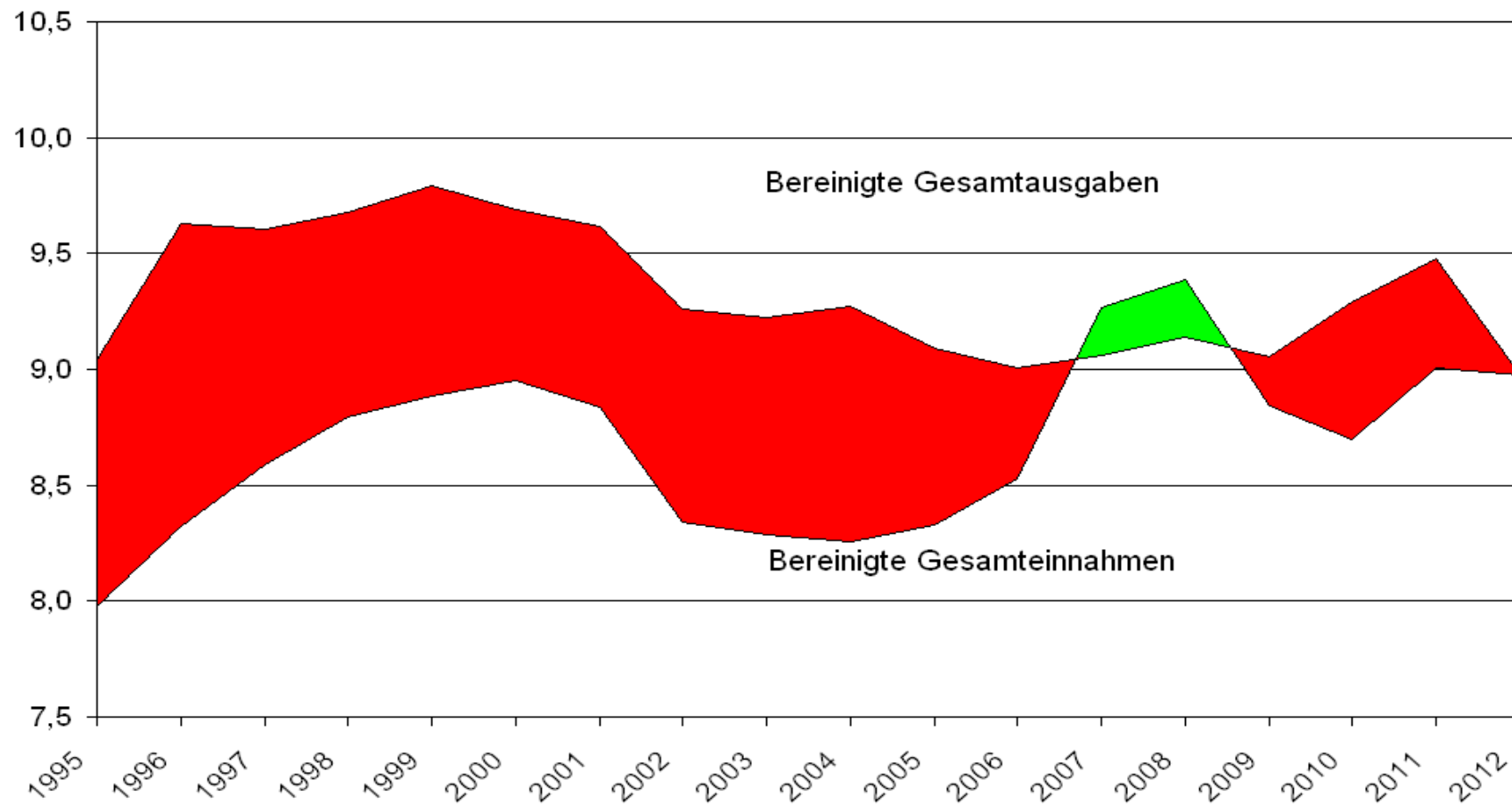
in Mio. EUR



- 2011 inklusive Globaler Minderausgabe in Höhe von 60 Mio. EUR

Strukturelles Defizit 1995 - 2012

in Mrd. EUR / bis 2009 Ist-Werte, vorläufiges Ist 2010, Soll 2011, Planentwurf 2012





II. Stellenabbaukonzept 2020

Stellenabbaukonzept 2020

- Die Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 5. Juni 2011 folgenden Stellenabbau beschlossen und den Finanzminister beauftragt dies im Entwurf des Landeshaushaltsplans 2012 in Abstimmung mit den Ressorts darzustellen:

Einzelplan/Bereich	Stellenabbau
TLT	3
TSK	16
TIM	2.016
TMBWK	4.053 ¹
TJM	172
TFM (einschl. Allg. Finanzverwaltung)	722
TMWAT	19
TMSFG	175
TMLFUN	847 ²
TMBLV	573
TRH	38
ThürVerfGH	1
Insgesamt	8.635

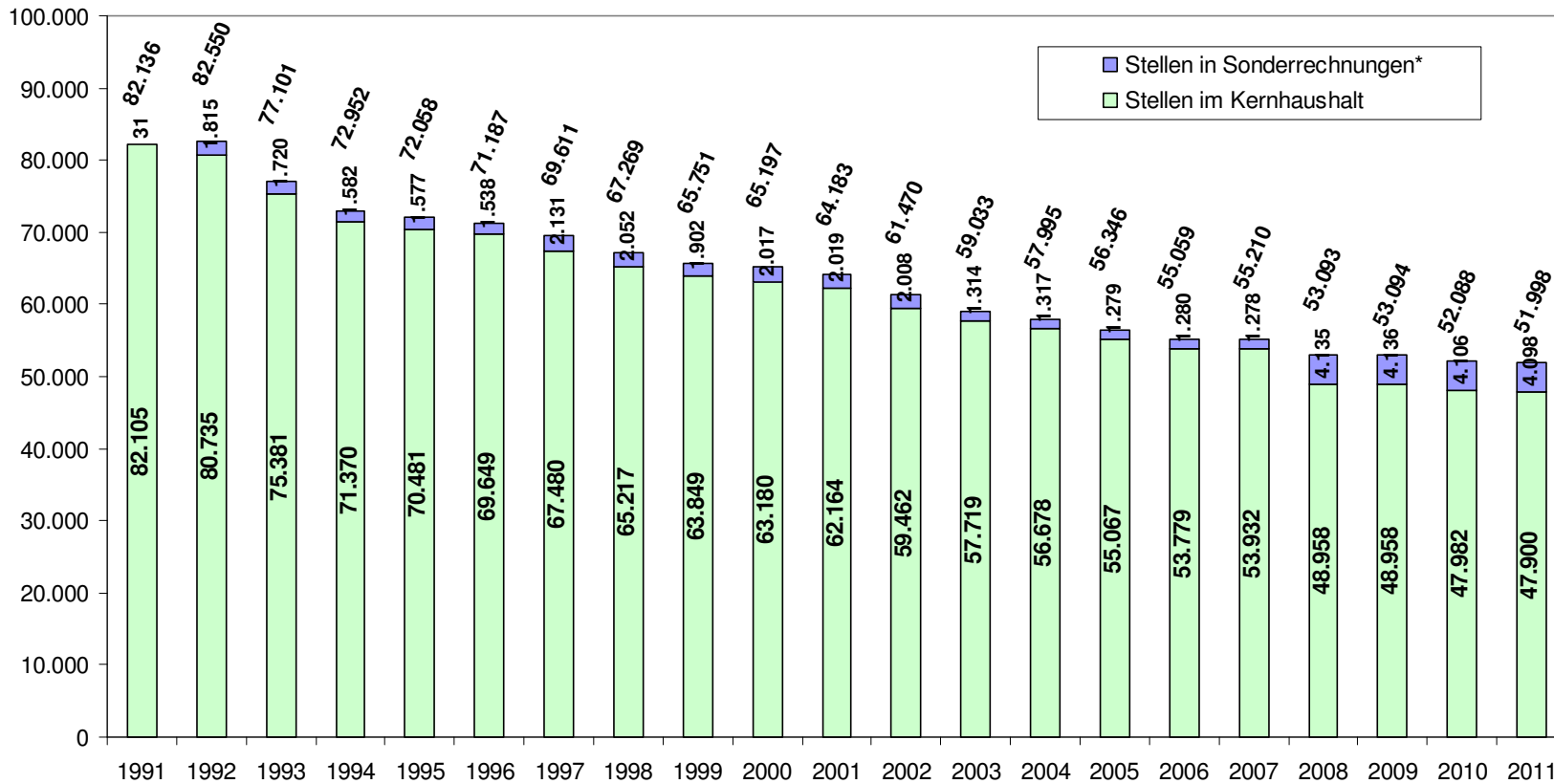
¹ Durch Begrenzung des Anstiegs der Personalausgaben im Rahmen des Hochschulpakts wird rechnerisch ein Abbau von 238 Stellen im Hochschulbereich impliziert.

¹ Ein Stellenabbau in Höhe von 1.333 steht unter dem Vorbehalt der Kommunalisierung der Erzieherinnen und Erzieher in den Schulhorten.

² Durch Rückführung der Zuschüsse an die AÖR „ThüringenForst“ (AÖR) wird bis 2018 eine Einsparung im Gegenwert von enthaltenen 329 Stellen erreicht werden. Mit der beabsichtigten weiteren Absenkung des Zuschusses an die AÖR ab 2019 würden weitere 148 kw-Vermerke realisiert.

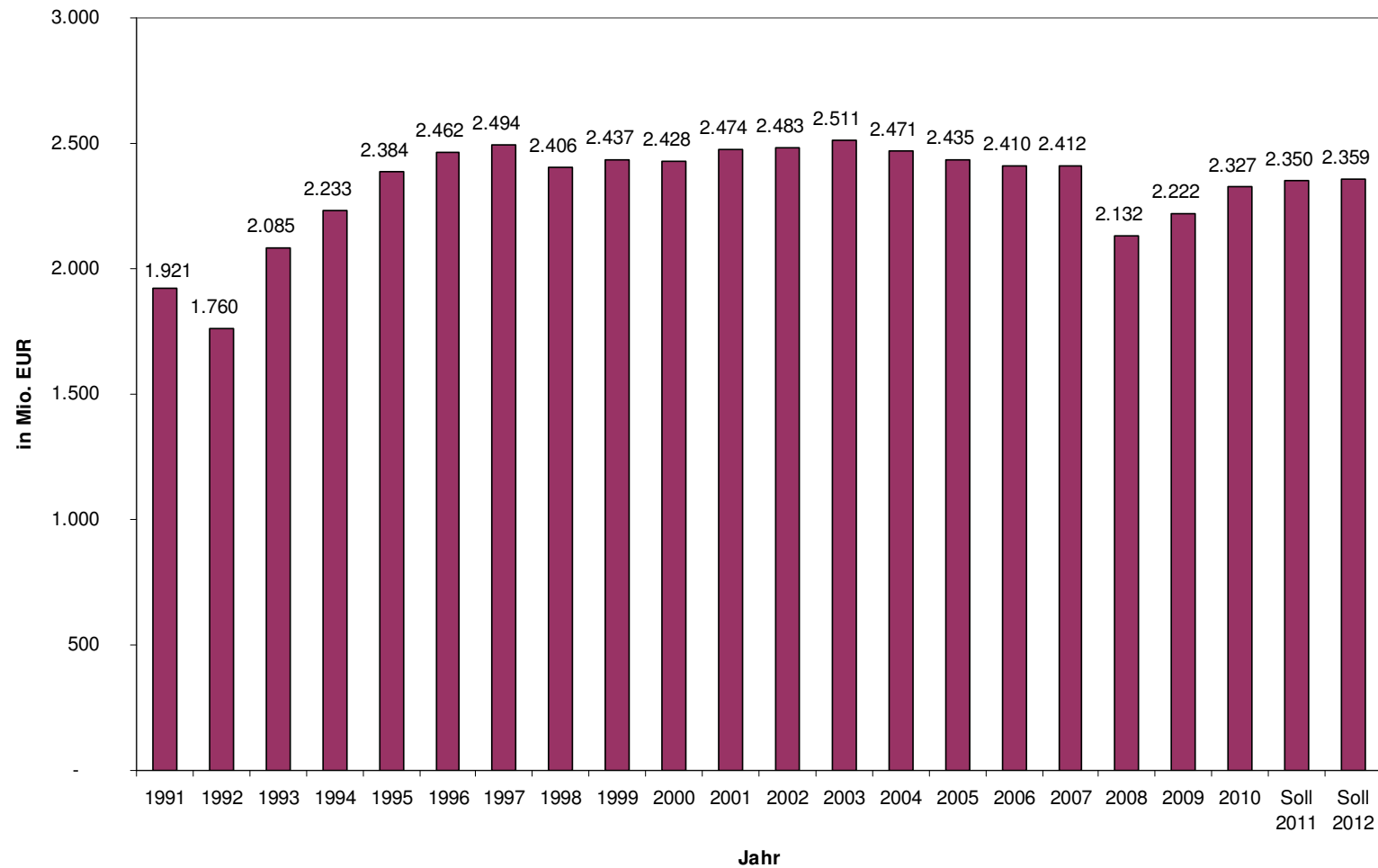
Stellenentwicklung 1991-2011

Angaben in Planstellen und Stellen/ Quelle: Haushaltspläne des Freistaats Thüringen



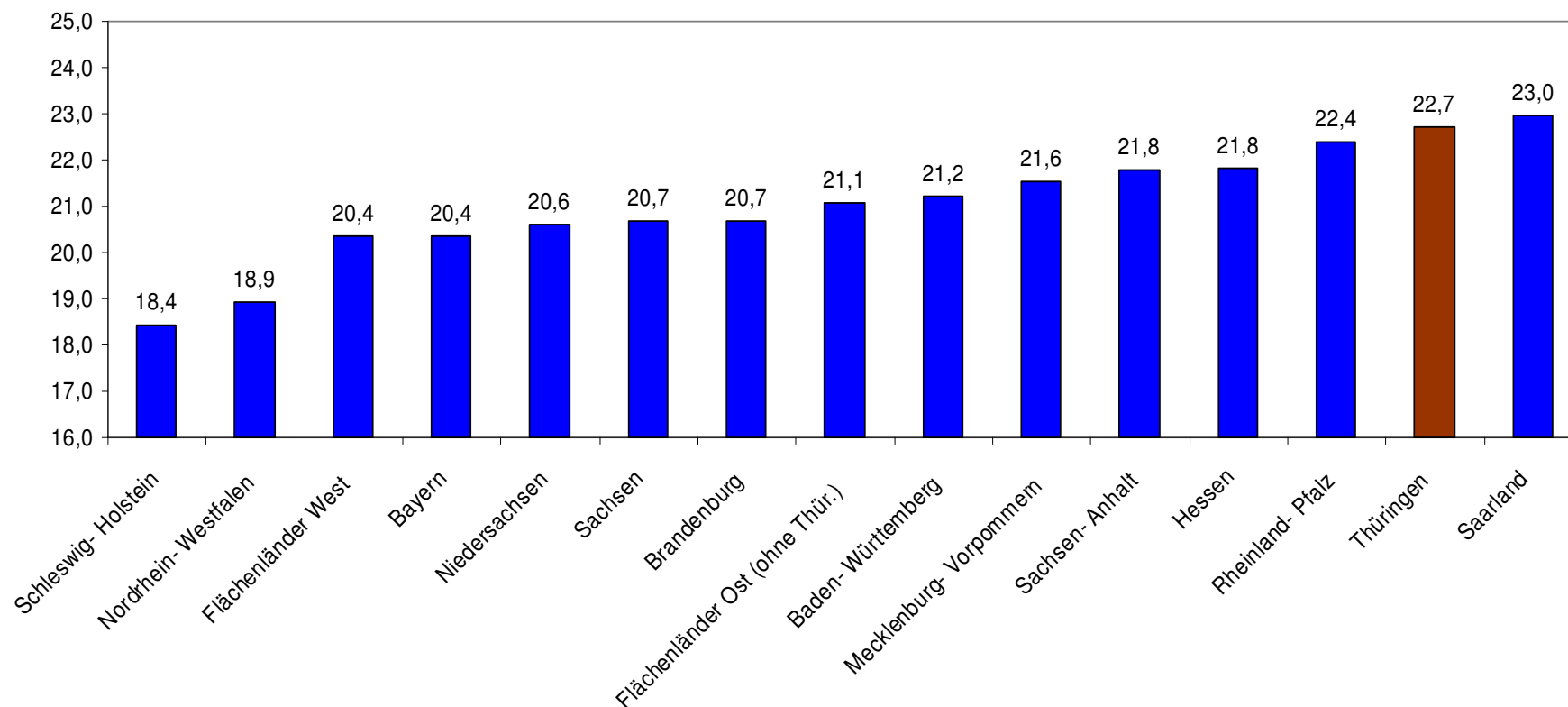
* Stellen in Sonderrechnungen (Hochschulen und Landesbetriebe) und Waldarbeiter, die nicht auf Stellen geführt werden sowie Bauleitmittelstellen / ohne Stellen für Arbeitnehmer des Klinikums der FSU Jena

Entwicklung der Personalausgaben



Personal des öffentlichen Dienstes

im Landesbereich¹ je 1.000 Einwohner / Vollzeitäquivalent der Beschäftigten² am 30.06.2010

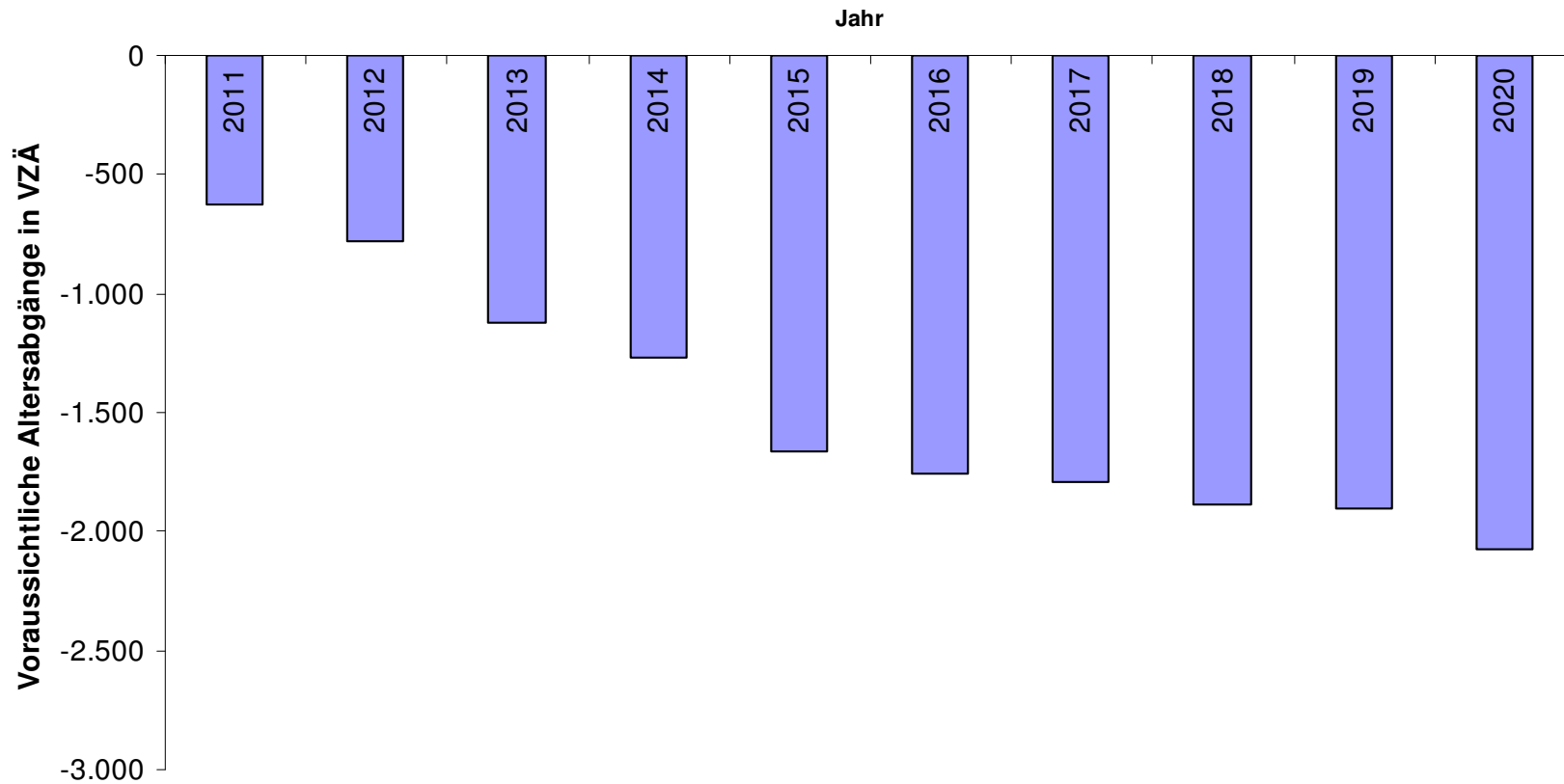


¹ Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 14 Reihe 6

² Kernhaushalte und Sonderrechnungen der Länder unter Landesaufsicht inkl. der Hochschulen auch in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, ohne Hochschulkliniken, ohne sonstige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform und ohne Sozialversicherungsträger

Altersabgänge in VZÄ

Anzahl der voraussichtlichen Altersabgänge (Pensions- und Renteneintritt) in VZÄ von 2011 bis 2020 beträgt ca. 15.000



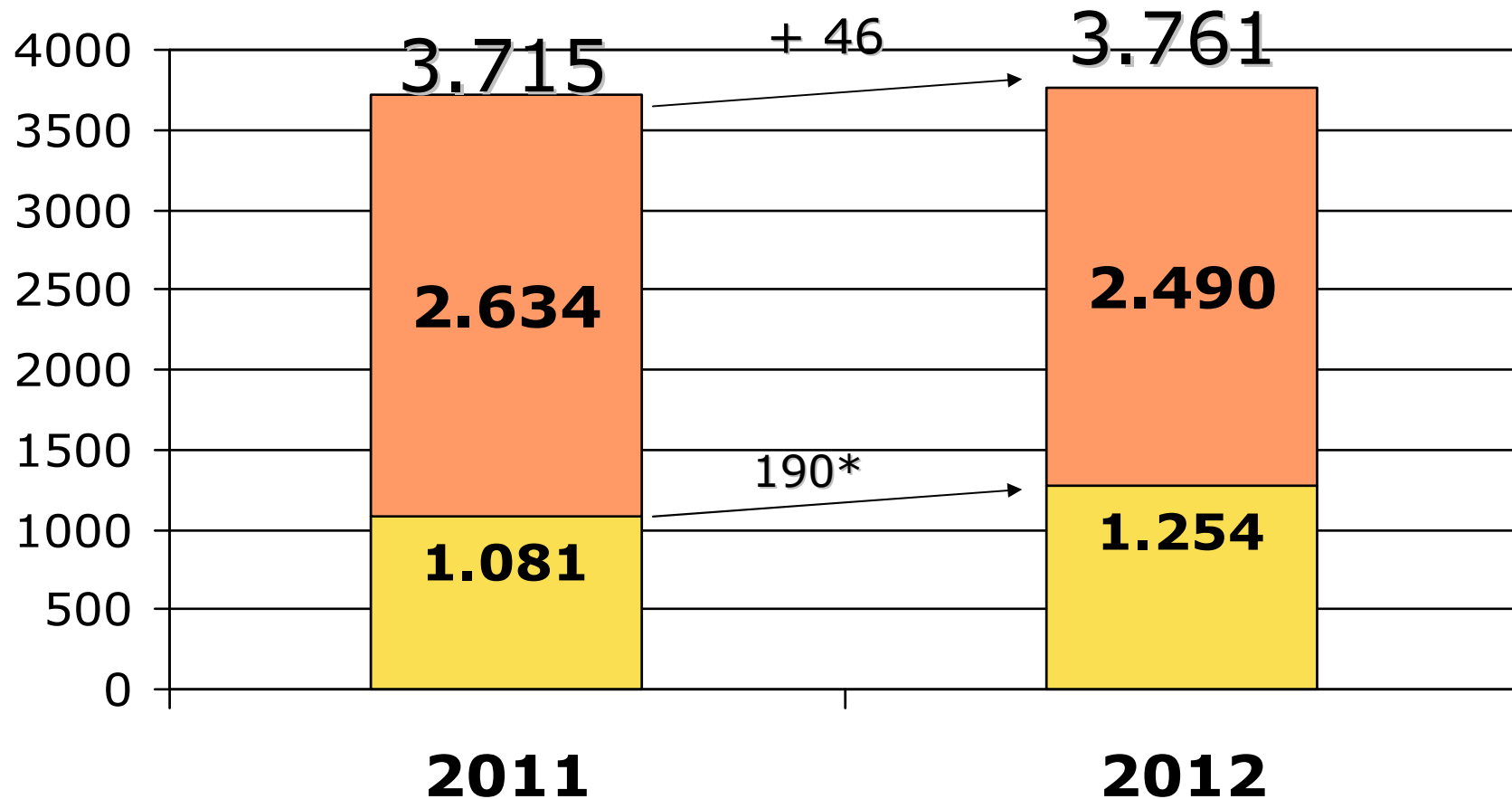


III.

Kommunaler Finanzausgleich in Thüringen 2012

Veränderung in der Deckung des angemessenen Finanzbedarfs der Kommunen

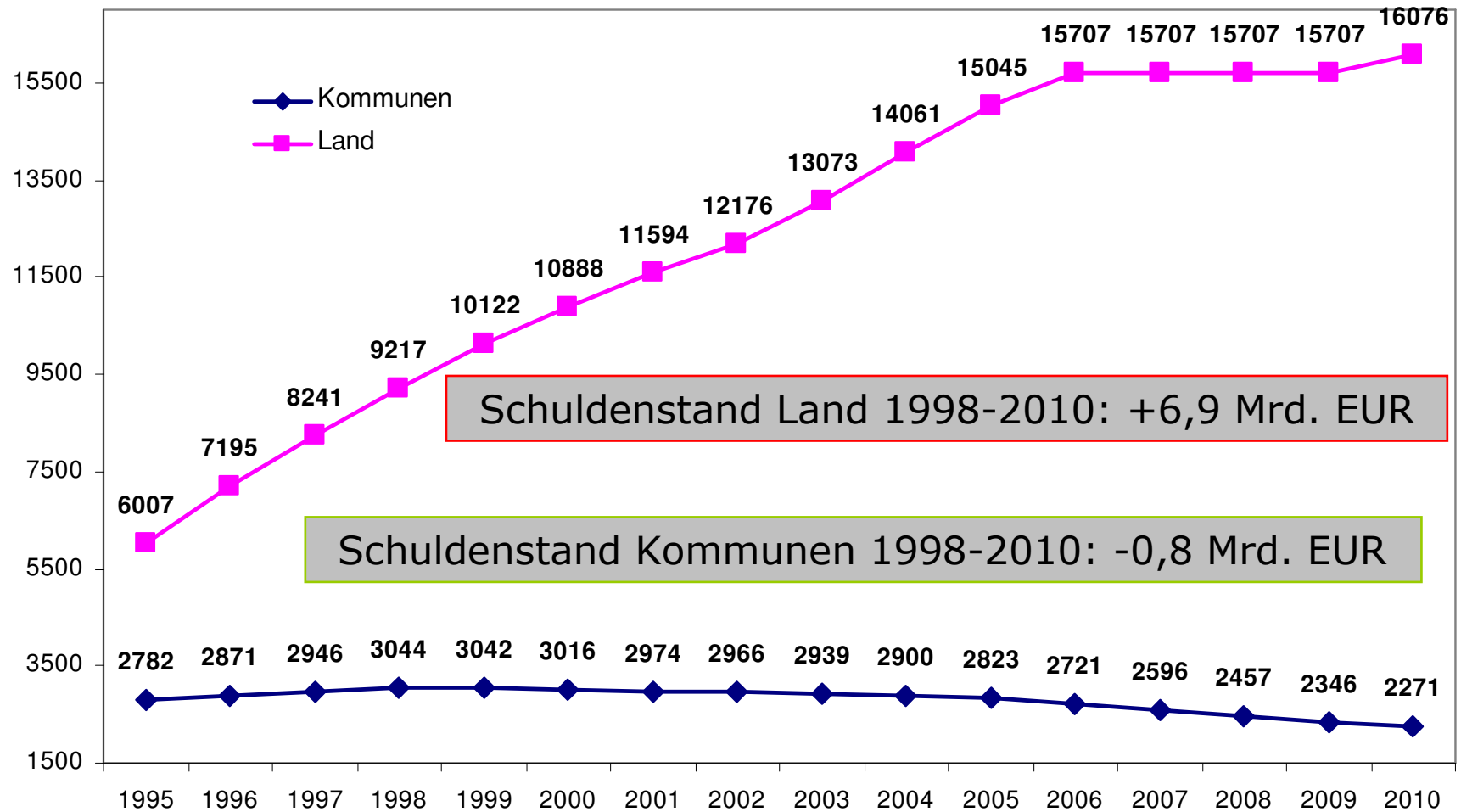
- Zuweisung zur angemessenen Finanzausstattung
- eigene Steuereinnahmen der Gemeinden



*Aufgrund bestehender Gesetzeslage, § 3 ThürFAG, LEDIGLICH Umschichtung wegen EIGENER höherer Steuereinnahmen

Entwicklung Schuldenstand Land vs. Gemeinden

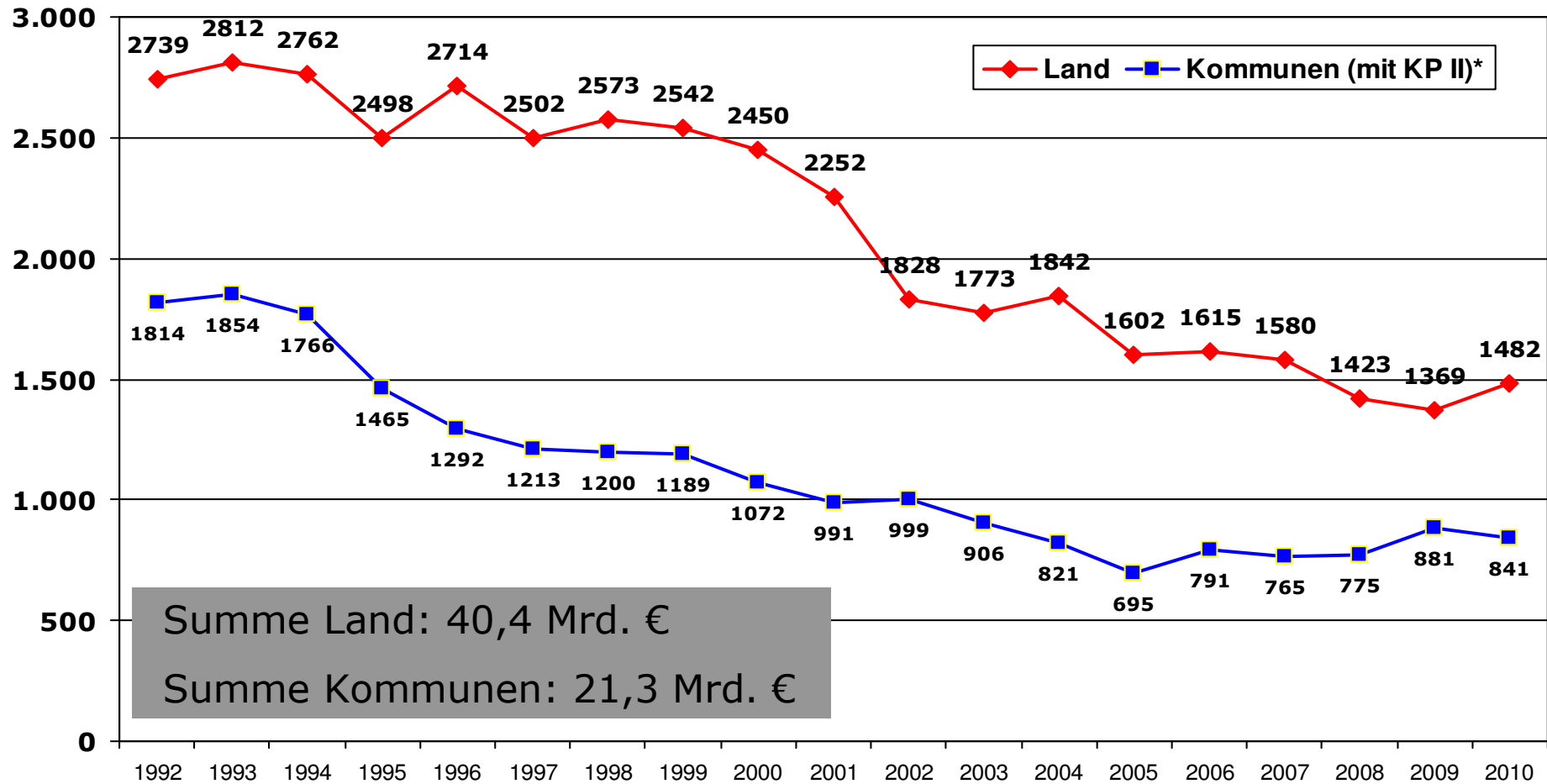
Entwicklung der Schuldenstände des Landes und der Gemeinden



Quelle: TLS

Entwicklung der Investitionen des Landes und der Kommunen in Thüringen

in Mio. Euro

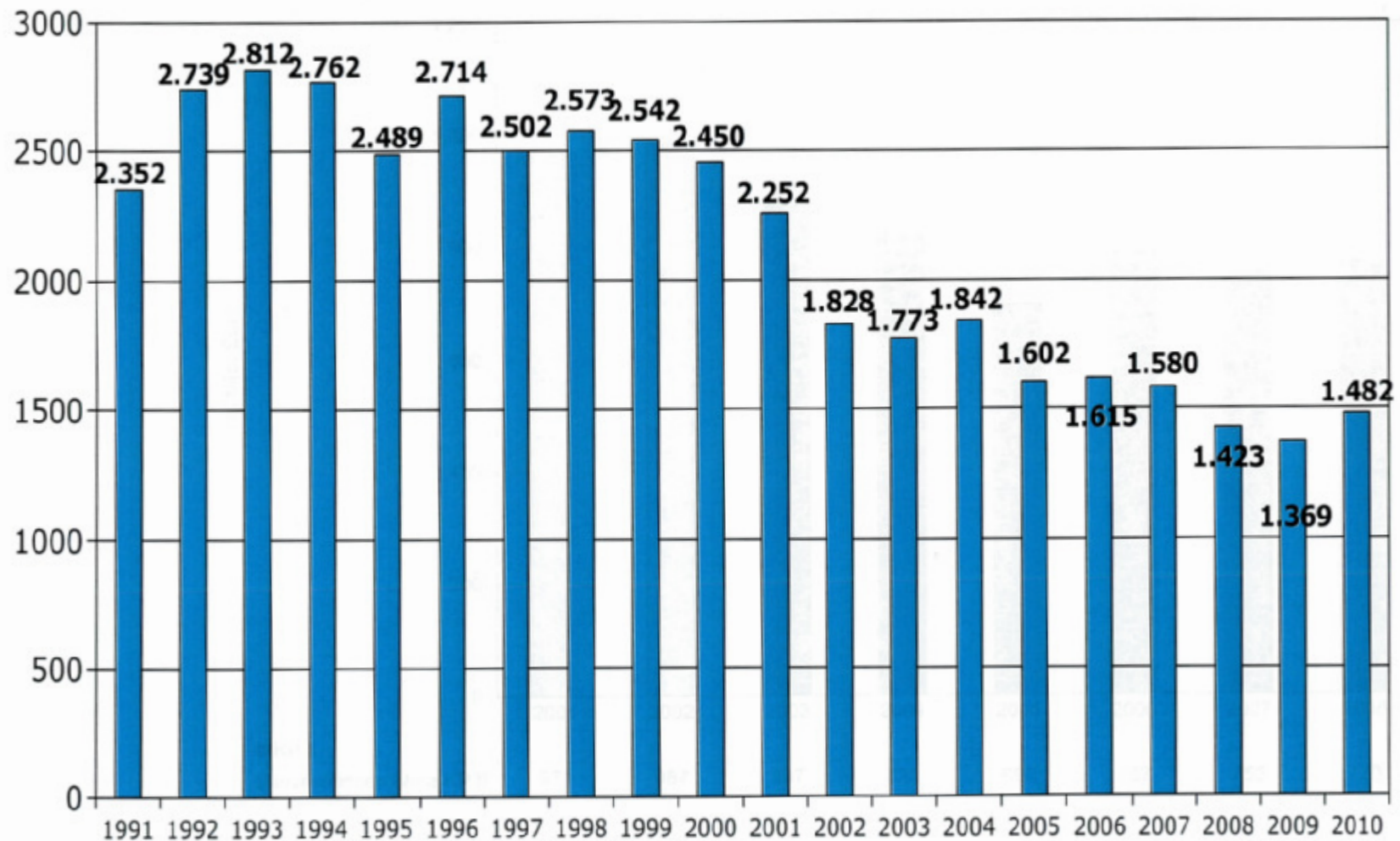


Quelle: Land – Haushaltsrechnung, Kommunen – Thüringer Landesamt für Statistik „Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden nach Arten“

* Investitionsausgaben = Sachinvestitionen + Zuweisungen der Gemeinden für Investitionen

Investitionsausgaben des Landes 1991-2010

Summe der Investitionsausgaben 1991-2010 insgesamt: 42,7 Mrd. EUR
in Mio. EUR



Investitionen der Gemeinden in Thüringen

Investitionen der Gemeinden in Thüringen

